Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, den 8. September 1919. 30. Jahrgang • Nr. 210.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 16105.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Wer waren die Kriegstreiber?

Das Wiener Korrespondenz-Bureau bringt eine Feststellung des Morgen, aus der hervorgeht, in welch verbrecherisch leichtfertiger Weise der Krieg von den damaligen Machthabern in Oesterreich und Deutschland vom Zaune gebrochen wurde. Da gegenwärtig die Gesinnungsgleichen dieser damaligen Machthaber allüberall auf der Lauer liegen, ihre volksverderberische Macht wieder vollends aufzurichten, ist es notwendig, die dem Krieg unmittelbar vorausgegangenen Verbrechen dieser vom Weltmachtsgrößenwahn besaßenen Cliquen immer wieder anzuprangern.

Der Morgen stellt fest, daß Graf Berchtold in der am 7. Juli 1914 stattgefundenen Sitzung des gemeinsamen Ministerrates hervorhob, der Ministerrat sei einberufen, um Maßnahmen zur Sanierung der durch die Katastrophe in Serajevo hervorgerufenen Uebelstände in Bosnien und der Herzegowina zu beraten. Vorerst müsse man sich aber darüber klar werden, ob nicht der Moment gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen. Da ein solcher entscheidender Schlag allerdings nicht ohne diplomatische Vorbereitung geführt werden könne, habe er bereits mit der deutschen Regierung Fühlung genommen. Nun wäre wohl noch notwendig, mit Italien und Rumänien zu rechnen, doch sei er in Uebereinstimmung mit dem Berliner Kabinett der Ansicht, daß es besser wäre, zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzuwarten. Rußland verfolge die Politik des Zusammenschlusses der Balkanstaaten mit Rumänien und würde gewiß im entscheidenden Moment den Balkanbund gegen Oesterreich-Ungarn ausspielen. Deshalb müßte man zur Stärkung der Position der Habsburger Monarchie und, weil Abwarten als Schwäche ausgelegt werden würde, gegen ein Zuvorkommen durch die rechtzeitige Abrechnung mit Serbien bereits in vollem Gange befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten versuchen, was später zu tun nicht mehr möglich wäre. Auf die Vorstellung Graf Tiszas, der erklärte, sich nicht unbedingt für den Krieg entschließen zu können, da man auch durch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg eine starke Demütigung Serbiens erzielen könne, erklärte Berchtold, eine radikale Lösung sei nur durch energisches Eingreifen möglich. Auch Ministerpräsident Graf Stürch trat, indem er sich auf die Meinung des Landeschefs in Bosnien, Generals Potiorek, berief, für einen kräftigen Schlag gegen Serbien ein. Der Pole Bilinski erklärte, als oberster Verwalter Bosniens und der Herzegowina könne er sich mit diesem diplomatischen Erfolg allein nicht zufrieden geben. Derselben Anschauung war der Kriegsminister, der daran erinnerte, daß die letzten Kriege stets ohne Kriegserklärung begonnen wurden.

Trotzdem Tisza nochmals auf die Furchtbarkeit eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen hinwies, stellte Graf Berchtold als Ergebnis der Debatte fest:

1. daß alle Versammelten eine rasche Entscheidung mit Serbien in kriegerischem oder friedlichem Sinne wünschten,
2. daß der gemeinsame Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des Grafen Tisza anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden solle, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und diese zurückgewiesen worden wären.
3. daß alle Anwesenden mit Ausnahme Tiszas der Ansicht seien, daß solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt werden möchten, die eine Ablehnung voraussetzen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege eines militärischen Eingreifens angebahnt werde.

Auch diese Feststellungen sind, gleich den bereits bekannten, ein erneuter Beweis dafür, mit welch unerhörter Gewissenlosigkeit verbrecherische deutsch-österreichische Staatsmänner den entsetzlichsten aller Weltbrände entfacht und damit namenloses Unglück und Elend über Europa gebracht haben!

Oesterreich unterschreibt.

Wien, 6. Sept. (W. T. B.) Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm nach längerer Debatte den vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Beschlußantrag, wonach gegen die Verletzung des Mitbestimmungsrechts Deutsch-Oesterreichs durch den Friedensvertrag protestiert und der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, an. Der Protest wurde einstimmig und der Auftrag an den Staatskanzler, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, mit 97 gegen 23 Stimmen angenommen. — Staatskanzler Dr. Renner wird sich Sonntag (gestern) nach St. Germain zur Unterzeichnung des Friedensvertrages begeben.

Rußland und Persien.

Durch das Abkommen Englands mit Persien haben sich für Rußland eine Reihe von Komplikationen ergeben. Allem Anscheine nach planen die Engländer von Persien aus einen großen Vorstoß gegen Rußland unternehmen zu wollen. Diesen ungeheuren englischen Angriffsvorbereitungen gegenüber richten sich auch die Bolschewisten auf einen entscheidenden Kampf ein. Laut Vossischer Zeitung haben sie schon am 21. August Krasnaja, Gorka und Oranienburg evakuiert und die Zivilbevölkerung nach verschiedenen Städten im Innern Rußlands geschafft. In Kronstadt ist wegen der englischen Luftangriffe jede Straßenbeleuchtung untersagt worden. Gleichzeitig meldet Berlinske Tidende, daß die bolschewistische Regierung an Persien eine Note gerichtet habe, in der sie gegen das Abkommen mit England protestiert. Sie hebt aber gleichzeitig, um zu zeigen, daß ihr alle imperialistischen Tendenzen fernliegen, alle früheren russischen Ansprüche an Persien auf und gibt die Wegeanlagen, Eisenbahnen und Postkantone, die Persien gehörten, in den persischen Besitz zurück.

Das baltische Abenteuer.

Zwei deutsche Noten.

Die deutsche Regierung hat in der Frage der baltischen Gebiete zwei Noten erlassen, die eine an die Entente, die andere an die lettische Regierung. Der Note an die Entente entnehmen wir das Folgende:

Die deutsche Regierung bedauert, daß die von ihr befohlene schleunige vollständige Räumung der baltischen Gebiete durch das gehorsamwidrige Verhalten der noch in Kurland stehenden Truppen ins Stocken geraten ist. Wenn sie die Eigenmächtigkeit der Truppen auch auf das schärfste verurteilt, sieht sie sich jedoch infolge der von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Beschränkungen außerstande, durch Anwendung militärischer Machtmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Bei dieser Sachlage bleibt der deutschen Regierung nichts übrig, als der Versuch, die Truppen durch Zureden zur Vernunft zu bringen und von Ausschreitungen namentlich auch gegen Angehörige der alliierten Mächte zurückzuhalten . . . . Die Vertreter der alliierten Mächte, die sich in Mitau befinden und mit dem Grafen von der Goltz in ständiger Verbindung stehen, können sich über die gegenwärtige militärische Lage und die deutsche Organisation fortlaufend unterrichten. Ueberhaupt erscheint im Hinblick auf die Unbestimmtheit der gegenwärtig in Frage kommenden Verhältnisse die Behandlung der ganzen Angelegenheit der Räumung an Ort und Stelle durch die beiderseitigen militärischen Befehlshaber der einzige, eine Aussicht auf Lösung der Verwicklung bietende Weg zu sein. Den dieser Auffassung entsprechenden Vorschlägen in der Note Nr. 1620 G wird daher mit Genugtuung zugestimmt. Die in der Note Nr. 1624 G erwähnten Uebergriffe deutscher Truppen gegen lettische Soldaten und Behörden, die von der deutschen Regierung auf das Nachdrücklichste verurteilt werden, sind als eine zwischen der deutschen und der lettischen Regierung schwebende Angelegenheit zu betrachten und bilden bereits den Gegenstand von Erörterungen zwischen diesen beiden Regierungen.

*

Berlin, 6. Sept. (Amtlich.) Dem Führer der lettischen Delegation in Berlin, Schreiner, wurde heute vom Reichsminister des Aeußeren, Hermann Müller, folgende Note übergeben:

„Die deutsche Regierung verurteilt aufs schärfste die am 24. August in Mitau von deutschen Truppen gegen lettische Soldaten und Behörden verübten Gewalttätigkeiten und spricht der lettländischen Regierung ihr lebhaftes Bedauern über die Vorkommnisse aus. Ohne diese Vorkommnisse irgendwie entschuldigen zu wollen, glaubt die deutsche Regierung doch die lettische Regierung auch bei dieser Gelegenheit auf die Ursachen der äußerst gereizten Stimmung eines Teiles der deutschen Truppen aufmerksam machen zu müssen. Ein Teil der deutschen Soldaten ist in hohem Grade erbittert darüber, daß die lettische Regierung den fremdländischen Soldaten zu einer Zeit, als ihr die deutsche militärische Hilfe unentbehrlich schien, das Recht auf Einbürgerung gab und damit ihnen Niederlassung und Ansiedlung in Kurland eröffnete, daß sie nunmehr aber ihnen jede Anwartschaft darauf abspricht. Dessen ungeachtet versucht die deutsche Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, insbesondere auf dem Wege stärkster Beeinflussung der Truppen durch ihre Führer, weiteren Ausbrüchen dieser verbitterten Stimmung vorzubeugen und die Truppen zur Aufgabe des Widerstandes gegen den von ihr gegebenen Befehl zur schleunigen vollständigen Räumung Lettlands zu bewegen. Die deutsche Regierung spricht die Hoffnung aus, daß sie hierdurch zu dem von ihr erstrebten Ziel der Vermeidung weiterer Unkotmäßigkeiten der deutschen Truppen in Lettland gelangen wird."

Bei der ganzen bisherigen Wankelmütigkeit und Haltlosigkeit der deutschen Regierung in der baltischen Frage wird abzuwarten sein, ob hinter diesen beiden Noten mehr steckt als bloße Worte. Auch sie sind im Grunde nur das Eingeständnis, daß die Regierung dem Treiben der Militärreaktion gegenüber keinerlei wirkungsvolle Machtmittel mehr besitzt, um ihren Willen durchzusetzen.

Bolschewismus auch in Amerika.

Ein Bekenntnis der amerikanischen sozialistischen Partei.

Amsterdam, 6. September. Das Preßbureau Radio meldet, daß sich die amerikanische sozialistische Partei auf ihrem Konvent zu den Grundsätzen der russischen Sowjetrepublik sowie der internationalen sozialistischen Bewegung bekannt und gegen die Ratifikation des Friedensvertrages ausgesprochen hat.

Dieser Beschluß ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß nun endlich auch in dem ultrakapitalistischen Amerika der konsequente Sozialismus immer mehr an Boden gewinnt.

Selbsthilfe gegen den Lebensmittelwucher.

Breslau, 6. Sept. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt in Breslau hatte sich gestern eine große Menschenmenge angesammelt, um gegen die Wucherpreise für Obst, Gemüse, Eier und Butter zu demonstrieren. Einzelne Wagen der Landleute wurden angehalten, erstürmt und die Ware zu annehmbaren Preisen vom Publikum selbst verkauft. Der gleiche Vorgang wiederholte sich am heutigen Tage, nur daß einige tausend Arbeiter dazu kamen. Nachdem man auf dem Frühmarkte die Selbsthilfe durchgeführt hatte, wurden in der Innenstadt die Markthalle, Obst- und Gemüse-, Butter- und Käsehandlungen gestürmt.

Der Kampf um die Gewerkschaften.

Der Freiheit wird geschrieben: Bei der Erörterung der Frage, welche Kampfesorganisationen sich in dieser revolutionären Epoche das Proletariat zu schaffen hat, muß man sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß die nächste große Aufgabe für das werktätige Volk darin besteht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen und zur Uebernahme der ökonomischen Macht zu schreiten. Zwei Kampfparteien stehen sich gegenüber: der Kapitalismus mit seinen Trabanten und das schaffende werktätige Volk. Bei dem Kampfe zwischen diesen Klassen sind zu beachten das gegenseitige Stärkeverhältnis und die Kampfformen, die im entscheidenden Moment zur Geltung kommen. Außer allem Zweifel dürfte es für jeden einsichtsvollen Politiker sein, daß der Parlamentarismus sich als Stützpunkt und Kraftquelle für den Kapitalismus und die Reaktion erwiesen hat.

Vertrauensvoll hatte ein großer Teil des deutschen Proletariats auf die Tätigkeit der Nationalversammlung geblickt; um so bitterer ist die Enttäuschung. Mit leeren Händen steht das Proletariat da. Alle sozialistischen Grundsätze sind preisgegeben. Oftmals hat das deutsche werktätige Volk über die Ursachen seiner Enttäuschungen nachdenken müssen; aber auch diese Phase der deutschen Revolution mußte kommen, um die politische Reife zu erzeugen. Mit erneuter Kraft und Energie muß nach diesem Anschauungsunterricht zu dem Befreiungswerk der Arbeit geschritten werden.

Die Nichtpositionen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind erschüttert. Das Land ist nach diesem furchtbaren Krieg an Rohmaterialien verarmt, die Produktion ist gehemmt, einmal durch die Sabotage der Unternehmer und die Verschiebung der Vermögen nach dem Auslande, die den Sturz der Valuta beschleunigt hat. Aber auch die Produktionslust der Arbeiterschaft ist stark beeinträchtigt, weil sie kein Vertrauen zu dem morschen, korrupten kapitalistischen System hat. Die Regierung steigert mit ihren brutalen Gewaltmaßnahmen die Erbitterung ständig. Wir müssen klar erkennen, daß der reale Wert unserer Volkswirtschaft nicht in der Flut von Papiergeld besteht, sondern einzig und allein in der schaffenden Kraft des werktätigen Volkes. Diese schaffenden Kräfte aller Hand- und Kopfarbeiter müssen in einer straffen zentralen Räteorganisation vereinigt werden, die von revolutionärem Geist und Willen erfüllt ist, das Alte zu stürzen und das Neue aufzubauen, die im gegebenen Moment schlagfertig zum Kampf ist und die gewaltige wirtschaftliche Waffe des Generalstreiks auf der ganzen Linie in Anwendung bringt. Es herrscht auch bei der klassenbewußten Arbeiterschaft nur eine Meinung darüber, daß die revolutionäre Räteorganisation, die direkt aus dem Produktionsherd der Betriebe und Berufe hervorgegangen ist, nur als Kampf- und Marschgebilde für die Zukunft in Frage kommen kann. Auf Grund dieser Erkenntnis spielen jetzt in der Arbeiterschaft die Fragen eine große Rolle: „Sind die Gewerkschaften überflüssig?", „wirken sie in der jetzigen Form lähmend und hemmend auf die Entwicklung und den kommenden Kampf?"

Welcher Weg ist am gangbarsten, die Gewerkschaften zu einem wertvollen Bestandteil der Räteorganisation umzustellen? Die Syndikalisten und eine gewisse Richtung innerhalb der Kommunistischen Partei betreiben in letzter Zeit eine starke Propaganda für den Austritt aus den Gewerkschaften und für Gründung von Betriebsorganisationen, die zentral zusammengefaßt werden sollen, so daß Industrieverbände entstehen würden. Damit geben auch diese Leute, die den reinsten Rätegedanken zu verfechten behaupten, zu, daß derartige Zentralorganisationen innerhalb der Räteorganisation bestehen müssen. Der Gedanke, daß die Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form und ihrem Charakter nicht mehr aufrechterhalten werden können, wird seit langem von der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft vertreten und eifrig darauf hingearbeitet, die Berufsorganisationen zu Industrieverbänden zusammenzuschließen. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist sich also in ihrem Ziele, in der Schaffung von Industrieverbänden, und zwar auf der Grundlage der vierzehn Hauptindustriegruppen der Räteorganisation einig. Jedoch ist der Weg, der von den Syndikalisten und Kommunisten eingeschlagen wird, ein äußerst gefährliches Experiment für die Arbeiterschaft. Es wird auch sehr wenig an Boden gewinnen und kaum über die ersten Versuche hinauskommen. Durch die von jenen eingeschlagene Taktik wird ein Teil der brauchbaren oppositionellen Kräfte aus den einzelnen Verbänden herausgezogen, dadurch wird es der bestehenden Gewerkschaftsbureaukratie möglich, durch ihre Unterstützungseinrichtungen und vermittels ihres bureaukratischen Apparates (Arbeitsnachweise, Gewerkschaftssekretariate, Bezirks- und Gauleitungen) ihren Einfluß neu zu stärken und einen großen Prozentsatz der Mitglieder um so fester an sich zu fesseln. Ganz besonders würden die rückständigen Arbeiter- und Angestelltenkategorien der Gewerkschaftsreaktion oder auch den gelben Verbänden ausgeliefert werden. Jedenfalls wird die Gewerkschaftsbureaukratie diesen Schritt mit Freuden begrüßen, weil sie dadurch in den fortgeschrittenen Industriezentren die lästigen Oppositionsgeister los wird, und dadurch wieder zu ihrer beschaulichen Ruhe kommt.

Viel leichter und wirkungsvoller wäre dagegen die Umstellung der Gewerkschaften zu erreichen, wenn alle revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Rätegedankens innerhalb der Gewerkschaften wirken würden. Jedoch muß klar zum Ausdruck gebracht werden, daß ein Personenwechsel in den Verwaltungen der Verbände nicht genügt, sondern das ganze System bedarf einer gründlichen Umwälzung. Die sofortige Abberufung der Verwaltungs- und Vorstandsmitglieder muß wie bei der Räteorganisation eingeführt werden. Mit aller Macht muß der Kampf zum Zusammenschluß der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden geführt werden. Durch die umfangreiche Propagierung und Verbreitung des Rätegedankens wird dieser Kampf wesentlich erleichtert, die Arbeiterschaft wird in wenigen Monaten schneller begreifen und handeln, als in den Jahren vor dem Kriege. Durch das Erstarken der Opposition in den größeren Verwaltungsstellen und Industriegenten ist es möglich, einzudringen in die Hauptvorstände, Gau- und Bezirksleitungen und so im allgemeinen einen entscheidenden Einfluß auf das gesamte Organisationsgebilde vorzunehmen. Die größte Organisation, der Metallarbeiterverband, wird demnächst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0001

eine Probe aufs Exempel zu machen haben. **Der Kampf der Opposition kann nur Erfolg zeitigen, wenn die Opposition des Reiches zusammenarbeitet.**

Jedenfalls ist die Lösung dieses Problems von so großer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft und insbesondere für die Räteorganisation, daß es nicht angeht, in einem engen Parteikonventikel die Entscheidung zu treffen, sondern vor dem breiten Forum der Arbeiterschaft, der Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte, muß im Gesamtinteresse der revolutionären Arbeiterschaft eine klare Entscheidung herbeigeführt werden.

•

Nachwort der Redaktion. Wir stimmen der Zuschrift, soweit sie die Zersplitterung und den Austritt aus den Gewerkschaften bekämpft, durchaus zu, da auch wir der Meinung sind, daß die Befolgung dieser Parole eine Schwächung der revolutionären Kräfte des Proletariats zur Folge haben würde. Wir möchten außerdem aber betonen, daß der Revolutionsparteitag der U. S. P. im März bereits Richtlinien für die Stellung der Arbeiter zu den Gewerkschaften beschlossen hat, die wir im wesentlichen auch heute noch für völlig zutreffend halten. Jedenfalls könnte ihre Aenderung weder von einem „engen Parteikonventikel“ noch von einer lokalen Instanz erfolgen, sondern nur allgemein für das ganze Reich durch einen Parteitag.

Der Friedensvertrag vor dem französischen Parlament.

Die Haltung der Sozialisten.

Versailles, 5. September. (W. T. B.) Marcel Sembat erklärte in seiner Rede in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer noch, selbst Charles Benoist habe in seinem Bericht festgestellt, daß Danzig eine urdeutsche Stadt sei. Gewiß habe man Polen einen Zugang zum Meer zusichern müssen. Das sei aber möglich gewesen, ohne Danzig von Deutschland zu trennen. Man hätte es nur zu einem Freihafen machen müssen. So aber habe man aus einer deutschen Stadt eine polnische gemacht. Wie vertrage sich das mit dem Grundsatze der freien Wahl der Bevölkerung? Danzig werde in demselben Augenblicke frei, in dem man ihm die Freiheit, deutsch zu bleiben, genommen habe. Ganz Rußland sei gegen Frankreich, nicht nur die Bolschewisten. Auch die revolutionären Sozialisten beklagen sich, daß man sie verlassen habe. Deutschland habe nach seinem Sieg das Zarenreich kolonisieren wollen, es werde es jetzt nach seiner Niederlage viel leichter kolonisieren können, habe doch die polnische Frage Frankreich Deutschland und Rußland auf den Hals geladen.

Den französisch-amerikanisch-englischen Schutzvertrag findet Sembat nicht befriedigend, obzwar er etwas sei. Man habe Deutschland nicht entwaffnet. Militärische Garantien könnten niemals moralische Garantien ersetzen. Wenn Frankreich die Bekehrung Deutschlands nicht behindern wolle, müsse es ein Ideal der Gerechtigkeit und des wirklichen Rechts aufstellen. Es dürfe aber nicht das Schauspiel eines übertriebenen Imperialismus geben, wie dies seitens der Alliierten geschehen sei. Vom Völkerbund erwartet Sembat die Abrüstung.

Der Sozialist Mistral erklärte, daß er und seine Freunde den Friedensvertrag nicht ratifizieren würden, weil die Unterhändler ihn nicht im Gedanken an einen dauerhaften und gerechten Frieden abgeschlossen hätten. Die zeitliche Besetzung der Rheingebiete sei eine mögliche Quelle von Konflikten. Die Regelung der Kolonialfragen sei ausgegangen vom englischen Imperialismus. Die Fragen von Persien, Kleinasien und Aegypten, ja selbst die von Marokko seien gefahrdrohend. Frankreich als Sieger habe das Maximum verlangen wollen, und das habe seinen Alliierten gestattet, auch für sich nach einem Maximum zu streben. Habe man etwa geglaubt, durch die Lösung der Saarfrage Frankreich zu dienen? Maurice Barrès verlange am linken Rheinufer eine Annäherungspropaganda mit Deutschland. Der Redner befürchtet, daß das in der Hoffnung geschehe, die rheinische Bevölkerung von Deutschland loszulösen. Das sei eine verheerende Politik. Er und seine Freunde stimmten gegen den Friedensvertrag, weil er von der Geheimdiplomatie abgeschlossen sei, von der Quelle aller Unglücksfälle von gestern. Man müsse dafür sorgen, daß die Völker nicht in einen falschen Sicherheitsgedanken eingeschläfert würden, deshalb rufe er den Arbeitern zu: Zählt nur auf euch selbst, denn ihr müßt den Frieden organisieren. Die Arbeiter wollten keinen französischen, keinen englischen, keinen amerikanischen Frieden, sondern einen humanen Frieden.

Der Sozialist Goude trat warm für die Unabhängigkeit Aegyptens ein und erinnerte daran, daß es Clemenceau gewesen sei, der diese Unabhängigkeit vor 32 Jahren glänzend verteidigt habe.

Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Der Presse geht eine Mitteilung zu, durch die die Besorgnis zerstreut wird, es könnten bei der Bereitwilligkeit der englischen Regierung, den Rücktransport der Gefangenen schnellstens abzuwickeln, deutscherseits irgendwelche Stockungen eintreten. Es seien eine ganze Reihe Einrichtungen getroffen, die es ermöglichen, eine Weiterleitung der täglichen Transporte, gleichviel welche zahlenmäßige Stärke diese haben, zu bewerkstelligen.

Die Gesamtzahl der heimkehrenden Krieger dürfte weit über 800 000 erreichen. In England befinden sich etwa 350 000, in Frankreich über 400 000, in Sibirien etwa 50 000 und viele Tausende sind noch über den ganzen europäischen und asiatischen Kontinent verstreut. Vorläufig kommen nur die Soldaten zurück, die sich in englischen Händen befinden; die Verhandlungen mit den Franzosen bereiten überaus große Schwierigkeiten. Aus Rußland treffen fast täglich kleine Trupps von Gefangenen ein, indessen handelt es sich hier nicht um offizielle Transporte, sondern lediglich um Flüchtlinge. Die Sowjetregierung und auch die russische Bevölkerung unterstützt zwar nach Möglichkeit die Rückkehr der deutschen Soldaten, aber die Unzuträglichkeiten an der russisch-polnischen und russisch-litauischen Grenze sind so groß, daß an geregelte Bahntransporte vorerst nicht gedacht werden kann. Hier muß Zufall und Glück helfend eingreifen. Etwas günstiger, wenngleich mit sehr hohen Unkosten verknüpft, gestaltet sich der Abtransport aus Südrußland. Es befindet sich hierfür eine kleine Anzahl von Dampfern in ständigem Verkehr der Nordsee und dem Schwarzen Meer; ferner wird in kurzer Zeit ein Dampferverkehr nach und von Wladiwostok eingerichtet werden, um die Soldaten aus japanischer und auch russischer Gefangenschaft abzuholen. Der Abtransport russischer Gefangener, die noch in Deutschland weilen, — es sind noch etwa 200 000 — werde ebenfalls nach Kräften gefördert. Aber auch heute noch sei der Durchgang durch Polen aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich. Ein besonderes Kapitel in der Geschichte der Kriegsgefangenen würden noch nach Jahren die Vermißten und freiwillig nicht zurückgekehrten Soldaten bilden. Die Zahl dieser Leute dürfte sich auf viele Tausende belaufen.

•

Haag, 6. September. **Die britische Regierung ließ im Haag ihre Absicht ankündigen, deutsche Kriegsgefangene aus England über Rotterdam zu entlassen. Nachdem der niederländische Generalstab mitgeteilt hatte, daß die holländischen Bahnen täglich zwei- bis dreitausend Mann abbefördern können, ließ die englische Regierung bei der deutschen Vertretung im Haag anfragen, ob diese bereit sei, wöchentlich dreitausend Kriegsgefangene in Rotterdam zu übernehmen. Deutscherseits erklärte man sich zur Uebernahme von täglich tausend Mann bereit, stellte aber eine Erweiterung der Aufnahmemöglichkeit für später in Aussicht.**

Amsterdam, 6. September. Algemeen Handelsblad meldet, daß der Dampfer Prätoria aus Montral mit 440 Deutschen an Bord nach Rotterdam abgefahren ist. Im ganzen werden 15 000 Deutsche heimbefördert werden.

•

Elende Heuchelei.

Die Bergische Volksstimme schreibt mit Recht: Die bürgerliche Presse überschlägt sich fast in freundlichem Getue gegenüber den ersten heimkehrenden Kriegsgefangenen. Sie überbietet sich in Willkommengrüßen und Festartikeln und gebärdet sich, als ob ihr nichts mehr am Herzen läge, wie die lieben Kriegsgefangenen. Wie hat dieselbe Presse früher einmal die armen Kriegsbeschädigten und die heimkehrenden „tapferen Feldgrauen“ gefeiert, aber nur so lange, als sie hübsch artig waren und keine Ansprüche erhoben. Als sie Rechte forderten, waren es Spartakiden und Bolschewisten. Man warte also einmal ab. Die heimkehrenden Kriegsgefangenen — wir wissen es aus den vielen uns zugehenden Briefen — sind auf die heutige Regierung und die jetzigen Verhältnisse schlecht zu sprechen. Kein Wunder! Ein paar Monde nur, dann sind die heute im Mittelpunkt des Interesses stehenden Kriegsgefangenen vergessen, ebenso vergessen wie die Kriegsbeschädigten und „tapferen Feldgrauen“. Dann sind es, wenn sie Forderungen stellen, Spartakiden. Hiernach schätze man die bürgerlichen Lobeshymnen ein.

Die reaktionären Meuchelmordpläne.

Zum Erfurter Spitzelbericht, den wir am Sonnabend auszugsweise veröffentlichten, tragen wir nach dem Kommunist noch folgende interessante Einzelheiten nach:

„Mit der Ausführung der Verhaftung bekannter Arbeiterführer sollen die „Inaktiven“ des Regiments Thüringen (Reichswehr, Infanterie-Regiment Nr. 21) „betraut“ werden. Nachdem jeder einzelne bekannte „Führer“ genau beschrieben worden ist, heißt es unter anderem:

Kommunistische Partei: Die gefährlichsten sind Lindemann und Klein — festnehmen und unschädlich machen. (!!)

Unabhängige Sozialdemokraten: Redakteur Petzold — festnehmen — gefährlich.

Anarcho-Syndikalisten: Zehner — festnehmen — gefährlich.

Internationaler Bund: Flache — festnehmen — gefährlich.

Auf ein bestimmtes Signal hin, welches uns nicht unbekannt ist, sollen diese „Maßnahmen“ ergriffen werden.

Die Rechtssozialisten werden als ungefährlich und durchaus zuverlässig bezeichnet.“

Wie könnte es auch anders sein. „Unschädlich machen“, das sagt genug. Die Regierungssozialisten erteilen ihren Segen zu diesen feigen Meuchelmorden.

•

Nach der Wiener Roten Fahne wurden die beiden bekannten Kommunisten Max Barthel und Wilhelm Münzenberg, Stuttgart, die an einer Sitzung des internationalen Jugendbureaus in Wien teilnahmen, dort verhaftet, eingekerkert (!) und ausgewiesen!!

Sollte die österreichische Sozialdemokratie an den Noskemethoden Gefallen gefunden haben?

Für die Einheitsrepublik!

Gegen die Machenschaften des Zentrums!

Die bürgerliche und rechtssozialistische Presse versucht in den letzten Tagen, der Oeffentlichkeit gegenüber es so darzustellen, als ob die Unabhängige Sozialdemokratie in Rheinland und Westfalen die vom Zentrum inaugurierten Loslösungsbestrebungen aktiv oder stillschweigend unterstütze und fördere. Demgegenüber erklären die unterzeichneten Bezirksleitungen nachdrücklichst, daß die U. S. P. mit den Machenschaften des Zentrums nichts gemein hat, sie auf das entschiedenste zurückweist und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Wenn einzelne Personen, die früher der U. S. P. angehörten, diese Loslösungsbestrebungen begünstigten, so muß die U. S. P. deren Politik ablehnen und kann als Partei nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Jede zuwiderlaufende Behauptung müssen wir als politische Irreführung bezeichnen und auf das entschiedenste zurückweisen.

Die Bezirksleitungen der U. S. P. D.
für den Niederrhein: Otto Braß, Rudolf Bühler-Remscheid,
für das westl. Westfalen: Konrad Ludwig, Gustav Nelken-Hagen i. W.,
für den Mittel- und Oberrhein: B. Runowski, Fried-Köln.

•

Ebenso wie die Bezirksleitung der U. S. P. Mittelrhein, Köln verurteilt die Gauleitung der U. S. P. Pfalz alle Bestrebungen, die auf eine Abtrennung der rheinischen Gebiete vom Reiche hinzielen. Sie tritt jeder derartigen Bewegung mit allen Mitteln entgegen. Parteimitglieder, die sich an irgendwelchen Sonderbünden beteiligen, werden unnachsichtlich aus der Partei ausgeschlossen. So ist vor kurzer Zeit das Mitglied Kollmansperger ausgeschlossen worden. Alle Meldungen, daß maßgebende Kreise der U. S. P. in der Pfalz an den Putschversuchen in Ludwigshaven und anderorts beteiligt seien, sind glatte Lügen. — Der Gesamtvorstand der U. S. P. Pfalz.

Die agrarische Volksauswucherung.

Zum Haferdruschverbot.

Das Haferdruschverbot, das erlassen wurde, weil die Landwirte die durch Aufhebung der Haferbewirtschaftung zu unheimlicher Höhe emporgekletterten Haferpreise wucherisch nützten, den Hafer verkauften und das Brotgetreide verfütterten, soll nicht, wie es der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands verlangt hatte, aufgehoben werden, sondern nach einer dem Berliner Tageblatt von gut unterrichteter Seite zugegangenen Meldung durch Erlaß von Ausfuhrverboten in seiner Wirksamkeit verstärkt werden. Ob es gelingt? Die gut unterrichtete Stelle sieht die Sache ziemlich optimistisch an. Ist sie doch der Auffassung, es sei nicht anzunehmen, daß sich unter dem Einfluß des wieder einsetzenden Schleichhandels jeder Landwirt bereit finden werde, das Druschverbot zu umgehen und zu versuchen, auf unlautere Weise Waggons für den Abtransport des Hafers zu bekommen. Man dürfe vielmehr die Ueberzeugung haben, daß die Aufklärungen, die die Regierung in den letzten Tagen über die so überaus ernste Lage der Brotgetreideversorgung gegeben hat, das Gefühl der Verpflichtung, für die Allgemeinheit zu sorgen, in weitesten Kreisen der Landwirtschaft wachgerüttelt habe.

Mit solchen zarten Mahnworten wird man den Eigennutz der Landwirte nicht dämmen. Nur eisernes Zugreifen kann hier helfen.

Der Lederwucher.

Der durch die Aufhebung der Lederbewirtschaftung heraufbeschworene Preisschieberskandal wächst sich von Tag zu Tag zu größerer Ungeheuerlichkeit aus. Es ist bereits soweit gekommen, daß der Preis, den der Verkäufer einer Kuh beim Verkauf an die Kommunal- oder Viehhandelsverbände erhält, nicht höher, öfters noch niedriger ist als der Preis, den der nächste Verkäufer beim Verkauf der Haut erzielt. Das Reichswirtschaftsministerium übt sich nun in Erwägungen über Maßnahmen, die Zwischengewinne für die „öffentliche Hand“ abzufangen. Womit natürlich der Schaden, den die Kurzsichtigkeit und die Bereitwilligkeit kapitalistisch-ausbeuterischen Interessen hilfreiche Hand zu leisten, angerichtet haben, nicht wieder gut zu machen sind.

Bei den Konservativen angelangt!

Konservative als Ministerkollegen der Rechtssozialisten.

Die rechtssozialistische Mehrheit in der Braunschweigischen Landesversammlung, die planmäßig die revolutionäre Arbeiterschaft bekämpft, vor einigen Tagen den Arbeiterrat aufgelöst hat und die U. S. P. im Plenum am Reden verhinderte, hat dem Treiben die Krone aufgesetzt, indem sie einen Konservativen als Volksbeauftragten in das Ministerium aufnahm. Was wird nun das nächste rechtssozialistische Heldenstück im Arbeiterverrat sein?!

Wie ferner aus Braunschweig gemeldet wird, hat die Fraktion der U. S. P. in der braunschweigischen Landesversammlung am Freitag in der Plenarsitzung eine Erklärung abgegeben, daß sie als Protest gegen die brutale Vergewaltigung durch die bürgerlich-rechtssozialistische Mehrheit von jetzt an jede positive Mitarbeit ablehne. Alle Mitglieder der Fraktion sind aus den Kommissionen und Ausschüssen ausgetreten. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Mehrheit unter Bruch der Geschäftsordnung durch ständige Schlußanträge es der U. S. P. unmöglich machte, sich an den Debatten zu beteiligen. Es wurde sogar die Fraktion verhindert, ihre eigenen Interpellationen zu begründen. Da der Aeltestenausschuß dieses Vorgehen der Mehrheit billigte, hat Freitag die ganze Fraktion demonstrativ den Sitzungssaal verlassen.

•

Regierungssozialistischer Terrorismus. Zum Kongreß der proletarischen Jugend war ein Konzert angekündigt. Als Dirigent war ein Genosse ausersehen, der sich noch im Militärverhältnis befindet. Heute erhielt derselbe vom Kommandanten eine Verfügung, daß ihm jede weiteren militärischen Bezüge und Anspruch auf den Zivilversorgungsschein gesperrt werden würden, wenn er das Konzert dirigieren würde. Verschiedenen Musikern, welche sich auch noch im Militärverhältnis befinden, ging es ebenso. Im trauten Verein mit den Rechtssozialisten kann die Reaktion in Braunschweig, der einstigen Hochburg des Sozialismus, machen was sie will. Die Verhältnisse hier sind für den Proletarier unerquicklich.

Ein Heldenstück der Schweizer Polizei.

Nach dem Vorwärts wurde die Genossin Klara Zetkin, als sie sich in die Schweiz begeben wollte, um sich dort zu erholen, von der Schweizer Polizei an der Grenze festgenommen und nach drei Tagen Haft nach Deutschland abgeschoben.

Dies Heldenstück ist im höchsten Grade bezeichnend für die Borniertheit, das reaktionäre Denken und für den Sozialistenhaß der Schweizer Polizei. Eine schwerkranke, in der Schweiz Erholung suchende Frau wird mit Gewalt nur deshalb über die Grenze befördert, weil sie — Sozialistin ist. Dagegen darf aber die Kriegsverbrechergesellschaft der verschiedenen deutschen, österreichischen usw. ehemaligen Fürstlichkeiten, Grafen, Generale, Admirale und dergleichen, dürfen die Kriegswucherer und Kriegsvermögensverschieber in der Schweiz herumlungern und -faulenzen, prassen und schlemmen und gar reaktionäre und gegenrevolutionäre Pläne gegen die deutsche Republik schmieden. Ach ja, es ist doch herrlich bestellt um die gleiche Behandlung der Ausländer und um die „Freiheit“ in der „freien Schweiz“!

Ein Notschrei aus dem Militärgefängnis.

Die Freiheit erhält aus dem Militärgefängnis Frankfurt a. O. von Gefangenen folgende Schilderung: Wir sitzen seit drei Monaten zu drei Mann in einer völlig verlausten Zelle, in der nur für einen Mann Platz ist. Wir sind wegen unerlaubter Entfernung vom Heer eingesperrt und es wird nichts unternommen, um uns vor unseren Richter zu bringen. Das Essen ist so schlecht, daß wir zum Teil aussehen wie die Leichen. Seit acht Wochen haben wir keine reine Leibwäsche bekommen. Soll uns denn nicht geholfen werden können?

Dieser Hilferuf beleuchtet grell die erschütternden Zustände in den Militärgefängnissen. Nicht genug, daß man die Leute zusammenpfercht, sie hungern läßt, tut man auch nichts, ihnen durch schnelle Anbahnung der Gerichtsverhandlung die schauderhafte Haftzeit abzukürzen. Wir richten an die verantwortlichen Stellen die Frage, was wohl unternommen wird, um diese Zustände zu beseitigen.

Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Am gestrigen Verhandlungstage waren die Wachen im Gerichtsgebäude außerordentlich verstärkt, mit Rücksicht auf den im gestrigen Verhör bekanntgewordenen Verdacht, daß Fluchtversuche von Freunden der Angeklagten beabsichtigt sind. Auch hat inzwischen ein weiterer Angeklagter einen Fluchtversuch unternommen. Die Garnison Münchens befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft und neben dem Gerichtsgebäude werden der Bahnhof und die öffentlichen Gebäude schärfer als sonst bewacht. Den Schutzleuten, welche die Angeklagten zu bewachen haben, ist zu ihrer persönlichen Verteidigung ein Stilett übergeben worden.

Aus den einzelnen Zeugenaussagen ist hervorzuheben die Angabe des Arbeitersekretärs Straub aus Dachau, der erzählt, daß Seidl zu Beginn seiner Tätigkeit in der dortigen Pulverfabrik in einer allgemeinen Arbeiterversammlung Zurufe gemacht habe, die ihn als einen Anhänger der Zentrumspartei kennzeichneten. Ebenso bestätigte der Betriebsleiter Dehner aus Dachau, daß Seidl erst Zentrumsmann und dann Kommunist war. Dehner war ebenfalls verhaftet und zum Tode verurteilt, wurde aber im letzten Augenblick durch die Erklärung seiner Arbeiterschaft gerettet, daß, wenn er nicht innerhalb zwei Stunden freigelassen sei, die Pulverfabrik in die Luft fliegen würde.

Der Zeuge Rechtsanwalt Stanzoni wurde mit Frau und Kind nachts verhaftet und ins Gymnasium gebracht. Hier erklärte ihnen Seidl: „Wenn in der Nacht etwas passierte, würden zunächst die Geiseln „abgeschafft“. Später erhielten sie von einem Wachtposten die tröstliche Versicherung, es sei doch ganz selbstverständlich, daß die Geiseln umgebracht würden, wenn etwas passierte. Schicklhofer erklärte ihnen das gleiche. Stanzoni und seine Frau wurden später vor das Revolutions-Tribunal gestellt und freigesprochen. Oberleutnant Fruth berichtete eingehend über seine und Baron Mosers Verhaftung und ihre Behandlung durch Seidl. Dieser schrie sie mit „Saubande“ an und als Moser seine Unschuld beteuerte, packte ihn Seidl und warf ihn an die Wand. Dabei fuchtelte er fortwährend mit einem Revolver umher. Als Moser sagte, er würde sich beim Revolutions-Tribunal beschweren, schrie Seidl: „Auf das Revolutions-Tribunal pfeife ich. Wir erschießen, wen wir mögen.“ Das alles sagte er, obwohl Baron Moser einen Schutzschein des Revolutions-Tribunals vorzeigen konnte. Oberleutnant Baron Moser ergänzte die Aussage des Zeugen Truth. Bei der weiteren Vernehmung dieses Zeugen kam es zu einem Zwischenfall. Der Zeuge Moser beschwerte sich darüber, daß ein Zeuge Jung im Zeugenzimmer zu ihm gesagt habe: „Seien Sie vorsichtig in ihren Zeugenaussagen, es können auch andere Tage kommen.“ Es werde für die Angeklagten Stimmung gemacht. — Rechtsanwalt Sauter: Dann bitte ich, den Zeugen gleichfalls zu fragen, ob nicht auch ein Mann draußen war, der gegen die Angeklagten Stimmung gemacht hat. — Der Zeuge wußte davon nichts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0002

Der Unteroffizier **Lauthaler** sagte aus, daß **Seidl** einmal erklärt habe: „Für jeden Mann, der bei uns durch Reichswehrtruppen verwundet wird, gehören zehn Mann weg." Die Zeugin **Leitmer** bestätigte, daß Oberleutnant Moser mit „Hund" und „Lump" angeschrien, sie selbst „Weibsbild" usw. tituliert und von **Seidl niedergeschlagen wurde**, als sie sich einen anderen Ton ausbat. Die weiteren Zeugenaussagen bestätigen die belastenden früherer Zeugen.

Notizen.

Die nächste Sitzung der Preußischen Landesversammlung ist nunmehr vom Präsidenten auf den 18. **September** anberaumt worden.

Die Provinzialwahlen in Oberhessen ergaben, nach der V. Z., im Vergleich zur Volkskammerwahl eine bedeutende Verschiebung nach rechts. Den größten Verlust erlitt die **demokratische** Partei, die anstatt der zu erwartenden acht Mandate nur zwei erhielt. Der Bauernbund und die Deutschnationalen erhielten 15, die Mehrheitssozialisten 12, die Deutsche Volkspartei und die **Unabhängigen Sozialdemokraten** je 5 Mandate.

Preßfreiheit unter Noske. Die schon wiederholt verboten gewesene alldeutsche Deutsche Zeitung ist vom Reichswehrminister Noske bis auf weiteres verboten worden wegen gemeingefährlicher Verhetzung der Truppen durch in der Nummer 410 zum Ausdruck gekommene Behauptung, die deutschen Truppen seien durch die Regierung verraten worden.

Erzberger verklagt endlich Helferich. Der Reichspräsident hat dem früheren Staatsminister Dr. Helfferich mitgeteilt, „daß das Reichskabinett dieser Tage beschlossen hat, auf Veranlassung des Reichsministers Erzberger **Strafantrag** beim preußischen Justizminister gegen Sie zu stellen."

Bekanntlich hat Helfferich durch beleidigende Angriffe Erzberger geradezu zur Stellung eines Strafantrages gegen sich herausgefordert, um vor Gericht den Beweis zu führen, daß Erzberger nicht die moralische Qualifikation zum Finanzminister des Deutschen Reiches besitzt. Ob Erzberger bei dieser Prozedur doch nicht unter die Räder kommen wird? — Im übrigen aber ist von den beiden Kämpen einer so viel wert wie der andere.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs haben sich, dem V. zufolge, bereits gegen 400 000 **deutsche Arbeiter** gemeldet.

Englische Justiz im besetzten Gebiete. Einer Londoner Meldung zufolge wurden am 5. September in **Euskirchen** im besetzten Gebiet einige englische Soldaten überfallen. Ein englischer Soldat wurde schwer verwundet. Der Stadt wurde eine **Geldbuße** von 100 000 Mark auferlegt. Der Hauptschuldige, ein Arbeiter namens **Kupfer**, wurde **zum Tode verurteilt**.

Der kanadische Senat hat den Friedensvertrag ratifiziert.

Standrecht in China. Nach einer Times-Meldung hat der Gouverneur von **Schantung** auf Befehl der Pekinger Regierung das Standrecht verhängt.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Englische Handelssorgen.

Amerikas und Japans Erstarkung auf dem Weltmarkte bereitet englischen Kapitalisten große Sorgen. Sie blicken voll Verlangen nach Deutschland, das bei seinem riesenhaften Warenhunger ein großes Absatzfeld bietet. Aber die Kohlenkrisis hemmt die Industrie, so daß man ernstlich fürchtet, die amerikanische und japanische Konkurrenz, die diese Hemmung nicht kennt, könnte zuvorkommen. Neben der Eroberung des deutschen Marktes ist man in Handelskreisen aber auch darauf bedacht, die deutsche Konkurrenz auf englischem Boden so weit als möglich auszuschalten. Der Financier macht den Vorschlag, die aus Deutschland stammenden Güter einer so hohen Preisfestsetzung für die Einfuhrbewilligung zu unterwerfen, daß der Preisunterschied zwischen der heimischen Produktion und der deutschen ausgeglichen ist, so daß der englische Kaufmann keinen Vorteil darin sieht, deutsche Waren zu kaufen. So gedenkt man vor allem, den auswärtigen Wettbewerb nach Möglichkeit auszuschalten und sich das Monopol auf dem heimischen Markt zu sichern. Ob das erstrebte Ziel damit erreicht wird, ist indes eine andere Frage.

Japans Schiffahrt mit Deutschland.

Vor dem Kriege lag, wie der Direktor Niggon Jüson Keisha ausführte, die Schiffahrt zwischen Japan und China einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn anderseits hauptsächlich in den Händen der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und einer anderen deutschen Schiffahrtsgesellschaft. Es wird für diese deutschen Linien nicht leicht sein, ihre im Kriege verlorene Position wiederzugewinnen. Dies scheint eine günstige Gelegenheit zu sein, die Tätigkeit der japanischen Handelsschiffahrt auszudehnen. In Japan werden viele neue Schiffe gebaut. Um sie nutzbar anzuwenden, sollte Japan seinen Einfluß auf die europäische Schiffahrt ausdehnen, ebenso wie die britischen und amerikanischen Reedereien den Verkehr im Orient an sich zu ziehen suchen. Erst nach der kommenden Ernte wird sich übersehen lassen, wieviel Tonnage für die Beförderung von Nahrungsmitteln von Ostasien nach Europa benötigt wird. Man darf indessen schon jetzt sagen, daß für den Rest des Jahres ständig 400 000 bis 500 000 Tonnen japanischer Schiffe für den Dienst in Europa benötigt werden. Die gesamte Gesellschaft beabsichtigt daher, ihr schon vor dem Kriege gefaßtes Projekt einer Schiffahrtslinie mit Deutschland baldigst durchzuführen.

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen.

Der Kampf zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus ist auf ökonomischem Gebiete längst durchgefochten. Der Gedanke des Klassenkampfes ist seit Marx die unerschütterliche Grundlage des revolutionären Proletariats geworden. Auch auf **kulturellem Gebiete** wird sich weit mehr als bisher die Ueberzeugung durchsetzen, daß die Befreiung des Proletariats nur sein eigenes Werk sein kann. Wirtschaftliche Produktion und Kultur sind eng miteinander verknüpft. Die große proletarisch-sozialistische Bewegung kann sich nicht darauf beschränken, sich einen Anteil an den Errungenschaften der bürgerlichen Kultur zu sichern. Sie trägt das Kainszeichen des Privilegiums einiger Bevorrechteter. Besonders gilt dies auf dem Gebiete der **Erziehung** und der **Schulpolitik**. Es ist nicht damit getan, daß man die gröbsten Ungerechtigkeiten aufhebt und durch Reformen den grundsätzlichen Gegensatz zu verschleiern sucht. Vielmehr muß die sozialistische Regierung auch auf diesem Gebiete den schöpferischen Gedanken seiner solidarischen Gemeinschaft zum Siege verhelfen. Das ist besonders in unserer revolutionären Zeit notwendig, in der die Massen des Proletariats immer zahlreicher sich um die Fahne des revolutionär-wissenschaftlichen Sozialismus scharen. Es handelt sich darum, aus dieser immer mehr in die Breite wachsenden Bewegung eine aus der Tiefe sozialistischer Ueberzeugung schöpferische Kämpfergemeinschaft zu machen. Zu diesem Zwecke kommt eine Schrift des Genossen Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein über sozialistische Schul- und Erziehungsfragen, die soeben im Verlag der Buchhandlung Freiheit, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, erschienen ist (Preis 3 Mk.), äußerst gelegen.

In kurzen aber treffenden einleitenden Kapiteln wird der Zusammenhang des Bildungs- und Erziehungsideals mit den Produktionsverhältnissen gekennzeichnet. Ausführlich und grundlegend wird dann das **sozialistische Bildungs- und Erziehungsideal** aus den Formen sozialistischer Produktionsweise, aus der fundamentalen und revolutionären Umwandlung der Profitwirtschaft einzelner in die Gemeinschafts- und Bedarfswirtschaft aufgebaut. Arbeitsgemeinschaft und Gemeinschaftsarbeit werden die schöpferischen Fundamente. Nicht der einzelne, und sei er noch so begabt, sondern die Gemeinschaft und in ihr ein wohlgegliedertes System der Sonderbegabung wird das Ziel der freien Bildungsgemeinschaft. Auch **organisatorisch** wird die obrigkeitliche Verwaltung abgelehnt und eine sich von unten aufbauende und nach oben zentralisierende Organisation nach dem grundlegenden Gedanken des Rätesystems an ihre Stelle gesetzt. In einem zweiten Teil wird zu den **Gegenwartsfragen** vom sozialistischen Standpunkt aus Stellung genommen. Im Gegensatz zur liberalen Einheitsschule wird die **sozialistische Einheitsschule** aufgestellt, die von den ersten Anfängen des Lebens beginnt, an gesellschaftlich nutzbringender Arbeit Kopf- und Hand harmonisch auszubilden versucht und bis zu ihren letzten Etappen neben der Herausarbeitung der differenzierten Sonderbegabung stets den Zusammenhang einer allgemeinen Gemeinschaftsgrundlage bewahrt. Ausführlich wird vom sozialistischen Standpunkte aus der Religionsunterricht abgelehnt. Dieses Kapitel kann besonders im Kampfe gegen den **Verrat**, den Zentrum und Rechtssozialisten in Weimar begangen haben, als sachliches Material dienen. Auch gegen den Geschichtsunterricht als Gesinnungsunterricht wird energisch vorgegangen, aber gleichzeitig positiv gezeigt, wie vom sozialistischen Standpunkte aus geschichtliches Verstehen zu erarbeiten ist. Weit über den Rahmen der neuen bürgerlichen Reformpädagogik hinaus wird in den Schlußkapiteln die Umgestaltung des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens nach den Grundsätzen des **Arbeitsunterrichts** gezeigt.

Diese Schrift wird allen, die im Kampfe um die sozialistische Weltanschauung stehen, willkommen sein; sie wird aber auch allen denen, die in **Gemeinde** und **Staat** die schulpolitischen Interessen des Proletariats zu vertreten haben, gute Dienste leisten können. Vor allem aber sollten die **Frauen** die Schrift lesen; gerade sie, die an den Erziehungsfragen von Natur aus größeren Anteil nehmen, werden in dieser Schrift leichter zu den Grundlagen der sozialistischen Weltanschauung geführt werden können, als vielleicht auf der steinigen Straße ökonomischer Obstruktion.

Aus der Partei.

Parteitag der italienischen Sozialdemokratie.

Die italienische Sozialdemokratie wird vom 7. bis 10. September ihren Parteitag in Bologna abhalten. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht über die Tätigkeit der Partei und ihrer Organe seit dem letzten Parteitage.
2. Richtung und Aktionsmittel der Partei gegenüber der gegenwärtigen nationalen und internationalen Lage.
3. Anschluß an die Kommunistische Internationale.
4. Politische Wahlen und Wahltaktik.
5. Reform des Parteistatuts.
6. Wahl der Leitung des Avanti.

Gewerkschaftliches.

Der Ausschluß Legiens aus dem Holzarbeiterverbande wurde in einer Generalversammlung der **Berliner** Holzarbeiter **beantragt**. Der Antrag, **gegen Legien, den Vorsitzenden der Generalkommission und Dammer das Ausschlußverfahren einzuleiten**, wurde gegen vier Stimmen **angenommen**. Ueber den Antrag, den Vorwärts wieder zur Insertion zu benutzen, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Stadttheater.

Einsame Menschen. Diesem Menschenschicksalsdrama **Gerhart Hauptmanns** vermag man heute vorwiegend nur noch **historisches Interesse** abzugewinnen. Entstanden anfangs der neunziger Jahre, in der Blütezeit des Naturalismus in der deutschen Literatur, stellt es das neue, freie, großzügigere und hochstrebende Denken und Empfinden der vorwärtsdrängenden und stürmenden Jugend im Gegensatz zu der herrschenden alten philiströsen, christlich-gottergebenen Weltanschauung. Und hieraus entstehen dann die Konflikte, an denen der traurige „Held" des Dramas, der Privatgelehrte Johannes Vockerat, schließlich scheitert. Voll edler, hoher Begeisterung für wissenschaftliche Ideale und ganz von den freien, modernen Gedanken erfüllt, versucht er die strenggläubige Anschauung seiner Eltern und die herkömmliche eheliche Liebe seiner Frau mit seinem Wollen und Streben in Einklang zu bringen. Das Ende dieses Versuchs, „Unvereinbares vereinen" zu wollen, ist Verzweiflung und Selbstmord. Dies Menschenschicksal dieses Dramas, in dem sich Anklänge an Turgenjews Roman Väter und Söhne und an Ibsens Rosmersholm finden, vermag uns indes heute, wo auch die übrigen Schwächen des Stückes schärfer hervortreten, kaum noch sonderlich zu erschüttern. Denn dazu ist schon dieser Johannes Vockerat ganz und gar nicht angetan. Er ist ein nervöser, krankhaft überreizter, launenhafter Mensch, und ein Schwächling und Jämmerling obendrein. Daß er so enden muß, wie er endet, mag vom Dichter noch so überzeugend begründet sein — unser Mitleid vermag dieser Johannes Vockerat doch nicht zu erwecken; seine Verzweiflungsausbrüche wie auch sein Ende lassen uns ziemlich gleichgültig. Denn er erliegt ja nicht unüberwindlichen Schicksalsmächten, gegen die er tapfer und mannhaft ankämpft, sondern nur seiner eigenen krankhaften Willensschwäche. — Von der willensstarken, ihm geistig verwandten russischen Studentin Anna Mahr, die so verhängnisvoll in sein Leben eingreift, erfahren wir vom Dichter zu wenig, als daß uns ihr entscheidender Einfluß auf den Verzweifelnden und ihre tieferen freundschaftlicheren Gefühle für ihn völlig glaubhaft erscheinen könnten. Auch einzelne Szenen nehmen oftmals eine Wendung und einen Verlauf, denen die zwingende Notwendigkeit fehlt. So blieben mancherlei Verstimmungen zurück, die eine ungeteilte Hingabe an das Stück und ein volles Miterleben nicht aufkommen lassen. (Nicht ganz ohne Schuld daran mag freilich auch die (von Eugen **Teuscher** geleitete) **Aufführung** gewesen sein. Sie litt an einem Mangel an Geschlossenheit, an einem zu langsamen Zeitmaße und schöpfte den feinen, zarten, melancholisch-bangen Stimmungsgehalt des Werkes, das ganz besonders eine liebevolle innere Vertiefung verlangt, nicht völlig aus. Auch **Olaf Bachs** Darstellung des Johannes Vockerat trug nicht gerade dazu bei, uns diesen unrühmlichen Helden sympathischer zu machen. Gewiß, der kompliziert-widerspruchsvolle Charakter dieses Schwächlings ist nicht leicht zu gestalten. Aber uns schien es doch, als ob der junge Künstler das Aufbrausend-Weinerliche dieser Figur zuweilen zu sehr ins Knabenhaft-Unartige steigerte, und es im übrigen auch an Verinnerlichung fehlen ließ. — Einfach, schlicht und in ihrem stillen, tapferen Dulden rührend wirkte **Hedwig Jonas** als Käte Vockerat. Der alten, herzensguten Frau Vockerat, die bei all ihrer mütterlichen Fürsorge und christlichen Frömmigkeit doch mit einem guten Teil praktischen Sinn ausgestattet ist, verlieh **Dora Debicke** Lebensechtheit. Verständnisvoll, mit vornehmer Zurückhaltung gab **Helene Hartmann** die vom Dichter etwas dunkel gezeichnete Anna Mahr. Vortrefflich gelang **Eugen Teuscher** der salbungsvolle, väterlich-ermahnende Ton des alten frommen Vockerat. Der Maler Braun hatte in Adalbert **Kriwat** den rechten Vertreter und auch Otto **Tiedemann** (Pastor Kollin) und Charlotte v. **Durand** (Frau Lehmann) boten annehmbare Episodenfiguren. — Der Beifall der Zuhörerschaft war nur am Schlusse des dritten Aufzuges lebhafter, sonst hielt er sich in recht mäßigen Grenzen.

Allerlei.

Eine Brücke über den kleinen Belt.

Nach einer Meldung der V. Z. wird der **dänische** Verkehrsminister zu Beginn der kommenden Reichstagsperiode einen Gesetzvorschlag zum Bau einer Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt einbringen. Die Pläne für dieses Werk liegen bereits fertig vor und bilden ein besonderes Glied in der Kette der Vorbereitungen, die für den Ausbau der Anschlüsse nach dem Abtretungsgebiete von Nordschleswig getroffen werden. Die Brücke soll 42 Meter hoch werden, so daß auch die größten Schiffe darunter durchfahren können. Die Ausführung des Planes bedingt eine ganze Reihe von Veränderungen im dänischen Eisenbahnbau, die jedoch mehr lokale Bedeutung haben.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparet; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Ein Doppelgänger.

15] **Novelle von Theodor Storm.**

Er saß noch lange, noch manche Stunde, bis der Mond schon unter war und er alles schlafen glaubte; da schritt er leise aus der Kammer und aus dem Hause. Die Luft war schwül; nur mitunter fuhr ein Windstoß auf, und fast undurchdringliche Finsternis lag auf der Erde. Aber John war den Weg schon oft gegangen, und endlich, an dem Kraute, das um seine Beine schlug, fühlte er, er war auf dem Kartoffelacker. Er lief noch weiter hinein, denn ihm war, als müsse er überall gesehen werden; mitunter bückte er sich und wühlte unter den Büschen, mitunter zuckte er erschreckt zurück; aber es war nur das Gezücht, das hier gelegen hatte; ein Tausendfuß, eine Kröte waren über seine Hand geschlüpft. Das Säcklein, das er mitgenommen hatte, war halb gefüllt. Er stand und wog es in der Hand: es war genug; aber . . . Er hatte den Sack schon umgekehrt, um alles wieder auf den Acker auszuschütten, nur unten hielt noch seine eine Hand das Linnen zusammen. Ihm war im Kopfe, als senke eine Wage sich auf und ab; dann sprach er langsam: „Ich kann nicht, lieber Gott! Mein Kind! Es soll ans Kreuz geschlagen werden; laß es mich retten; ich bin ja nur ein Mensch!"

Er stand und horchte, als solle eine Stimme von oben aus der Nacht zu ihm herunterkommen; dann krampfte seine Hand sich um den Sack; er lief nur weiter, immer weiter; kaum fühlte er, daß jetzt hohe Aehren ihm mit ihren rauhen Köpfen ins Gesicht strichen; kein Stern zeigte ihm den Weg; er ging her und hin und kam doch nicht zum Ausgang. Ihn überfiel's, wie er vor einem Jahrzehnt als Aufsichtsmann so sicher hier geschritten war; es konnte nicht weit sein, wo einst sein Weib, ein sechzehnjährig Dirnlein, ihm in die Arme stürzte! In süßem Schauder ging er vorwärts; gleichmäßig rauschten bei seinem Schritt die Aehren; ein Vogel, ein Rebhuhn oder eine Ammer, schwirrte vor ihm auf; er hörte es kaum, er schritt nur weiter, als ob er ewig so zu schreiten habe.

Da zuckte fern unten am Horizont ein schwacher Schein; ein Gewitter schien heraufzukommen. Einen Augenblick stand er und besann sich; er hatte die dunklen Wolken am Abend schon gesehen; er wußte plötzlich, wo Ost und Westen war. Nun wandte er sich und beschleunigte seine Schritte; er wollte rasch nach Haus, zu seinem Kinde. Da war etwas vor seinen Füßen, er kam ins Straucheln, und ehe er sich besonnen, tat er einen neuen Schritt; aber sein Fuß fand keinen Boden — — ein gellender Schrei fuhr durch die Finsternis; dann war's, als ob die Erde ihn verschluckt habe.

Ein paar Vögel schreckten in die Luft, dann war alles still; kein Menschenschritt war jetzt noch in dem Korn. Eintönig säuselten die Aehren, und kaum hörbar nagten die Millionen Geziefers an den Wurzeln oder Schaften der Pflanzen, bis die immer drückendere Schwüle in einem starken Wetter sich entlud und in den hallenden Donnern und dem niederstürzenden Regen alle anderen Geräusche der Erde verschwanden.

In der Kate am Ende der Norderstraße fuhr um diese Zeit ein armes Kind aus seinem Schlaf auf; ihm träumte, es habe ein Brot gefunden, aber es hatte in einen Stein gebissen. Halb im Traum noch griff es in das große Wandbrett nach der Hand seines Vaters, doch es erfaßte nur den Zipfel des Kopfkissens und schlief dann ruhig weiter.

— — John Glückstadt ist niemals wieder nach Haus und nie zu seinem Kinde zurückgekommen; alle Anstalten der Polizei, eine Spur von ihm zu finden, waren vergebens. Sein Verschwinden wurde einige Tage in der kleinen Stadt besprochen; die einen meinten, er sei entflohen, um nachher mit seinem Kameraden Wenzel zusammenzutreffen und mit ihm übers Meer zu fahren, wo es den Spitzbuben gut zu gehen pflege; das Geld zur Ueberfahrt würden sie unterwegs nach Hamburg sich schon zu schaffen wissen, und das kleine Ding sei ja in guter Hut bei Küster-Mariken; die anderen meinten, am Deich da draußen in der Schleusengrube, neben welcher er und Wenzel ihr Schelmstück einst beraten hätten, habe er den Tod gesucht, und die Ebbe habe ihn ins Meer hinausgetrieben.

Diese Meinungen wurden in einer Tischgesellschaft gegeneinander abgewogen. „Nun, und Sie, Herr Bürgermeister," sagte zu diesem die alte Schwägerin des einstigen Zichorienfabrikanten, die er zu Tische geführt hatte, „was meinen Sie dazu?"

Der Bürgermeister, der bisher kein Wort dazu geredet hatte, nahm erst bedächtig eine Prise. „Hm," sagte er, „was soll ich meinen? — Nachdem dieser John von Rechts wegen seine Strafe abgebüßt hatte, wurde er, wie gebräuchlich, der lieben Mitwelt zur Hetzjagd überlassen. Und sie hat ihn nun auch zu Tode gehetzt; denn sie ist ohn' Erbarmen. Was ist davon zu sagen? Wenn ich was meinen soll, so sollet ihr ihn jetzt in Ruhe lassen, denn er gehört nun einem anderen Richter."

„Wahrhaftig," sagte die Alte ganz erstaunt, „Sie haben doch immer Ihre sonderbaren Meinungen von diesem John Glückstadt!"

„John **Hansen**," berichtigte der Bürgermeister ernsthaft.

— — — Mir kam allmählich das Bewußtsein, daß ich weit von meiner Vaterstadt im Oberförsterhaus an dem offenen Fenster stehe; der Mond schien von drüben über dem Wald auf das Haus, und aus den Wiesen hörte ich wieder das Schnarren des Wachtelkönigs. Ich zog meine Uhr: es war nach eins! Das Licht auf dem Tische war tief herabgebrannt. In halbvisionärem Zustande — seit meiner Jugend haftete dergleichen an mir — hatte ich ein Menschenleben an mir vorübergehen sehen, dessen Ende, als es derzeit eintrat, auch mir ein Rätsel geblieben war. Jetzt kannte ich es plötzlich; deutlich sah ich die zusammengekauerte Totengestalt des Unglücklichen in der unheimlichen Tiefe. Nachdem ich heute den Namen meiner Wirtin erfahren hatte, wußte ich jetzt auch: noch einmal aus der düsteren Gruft hatte seine lebendige Stimme ein lebendig Menschenohr erreicht; aber es war nur das eines vierzehnjährigen Knaben. Am Abend nach dem Verschwinden des Armen, da ich bei einer befreundeten Familie eingetreten war, kam der Sohn mit seinem Schmetterlingsketscher schreckensbleich ins Zimmer. „Es hat gespukt!" rief er und sah sich um, als ob er auch hier noch nicht ganz sicher sei; „lacht nur nicht, ich hab' es selbst gehört!" — Zwischen den Kartoffeln auf dem Acker neben dem Schinderbrunnen war er gewesen, um sich den Totenkopf zu fangen, der in der Dämmerung dort fliegen sollte; da hatte es unweit von ihm aus dem Kornfeld seinen Namen „Christian!" gerufen, hol und heiser, wie er solche Stimme nie gehört; und da er entsetzt davongelaufen, sei es noch einmal hinter ihm hergekommen, als ob's ihn habe greifen wollen.

Ich wußte jetzt, nach über dreißig Jahren: es hatte nicht gespukt, und nicht „Christian" hatte er es rufen hören: den Namen seiner Tochter „Christine" hatte der Mann da drunten in hoffnungsloser Sehnsucht ausgestoßen. Und noch eines wußte ich: ein Arbeiter, mein alter Freund aus der Kinderzeit, hatte einige Tage später draußen an dem Brunnen das Korn mähen helfen. „Da hätten wir bald einen Falken fangen können!" erzählte er mir eines Abends."

„Einen großen?" fragte ich.

„Das mag der Herr glauben! Er war ein Stück in den alten Schinderbrunnen hinabgestoßen — der Himmel weiß, was drunten liegt — aber seine Fluchten waren zu weit in der Spanne, er schlug und arbeitete damit in dem engen Brunnen und kam nicht gleich heraus. Wir hatten nur keine Knüppel, ihn zu schlagen; auch wehte ein übler Dunst uns an; es war, als hätte schon vordem die Kreatur am Aas gesessen!"

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0003

Ammendorfer Mühlenwerke und Brotfabrik

Inhaber: Max Lischka
Ammendorf bei Halle an der Saale.

Mit 1. August d. Js. habe ich die
Ammendorfer Mühlenwerke und Brotfabrik A.-G.
käuflich erworben und werde bestrebt sein, auch in Zukunft durch einwandfreie Lieferung den alten guten Ruf des Ammendorfer Brotes zu festigen und meine verehrliche Kundschaft aufmerksam und prompt zu bedienen.

***Max Lischka,* Ammendorfer Mühlenwerke und Brotfabrik.** *2515

*2509 **Sohlleder-Ausschnitt**
Gummi-Absätze und Ecken
Lederhandlung Brüderstr. 13.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Dienstag, den 9. September, auf den Abschnitt 15 der eingetragenen Kunden bei den Milchhändlerinnen Meinhardt, Zietenstr. 5, und Rinke, Göthestr. 13. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund beträgt 70 Pf.

Der Verkauf von Grieß beginnt am Dienstag, den 9. September. Für jede Person eines Haushaltes kann ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 48 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Grieß einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 391 des Warenbezugscheines 24.

Städtischer Verkauf von Vollmilchpulver (Fortsetzung der dritten Sonderverteilung)

in der Talamtschule, am Dienstag, den 9. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 46 001 bis 49 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 49 501—53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund zum Preise von 2,30 M. für das Viertelpfund abgegeben.

Städtischer Verkauf von Kakao an Kinder bis zu 12 Jahren

in der Talamtschule am Dienstag, den 9. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—4000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 4001—8000 nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt O der besonderen Bezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren können 55 Gramm zum Preise von 1 M. abgegeben werden.

Zwiebel-Höchstpreise.

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) § 4 ff. wird bestimmt:

§ 1. Der Erzeugerpreis für Zwiebeln wird bis auf weiteres je Zentner auf 11 Mark festgesetzt. Dieser Preis gilt für gute, marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwaggon oder in Schiff.

§ 2. Diese Bekanntmachung tritt mit Beginn des 5. September 1919 in Kraft.

§ 3. Die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) tritt mit dem gleichen Tage, soweit sie sich auf Zwiebelpreise bezog, außer Kraft.

Berlin, den 2. September 1919.
Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis und bemerken hierzu, daß der Großhandelspreis auf 16½ Pfennig und der Kleinhandelspreis auf 24 Pfennig je Pfund festgesetzt wird. Diese Kleinhandelspreise treten am 7. September 1919 in Kraft.

Auslandsmehl.

Das von der Reichsgetreidestelle der Stadt Halle in diesem Monat zugewiesene ausländische Weizenmehl ist nicht zur Lieferung gekommen, weil der betreffende Dampfer von der amerikanischen Lebensmittelkommission umdisponiert worden ist. Die Nummer 17 der Einfuhrzusatzkarte für Auslandsmehl kann daher und weil Bestände nicht mehr vorhanden sind, erst später in Gültigkeit gesetzt werden. Die Nummer 18 bleibt, soweit sie noch nicht hat beliefert werden können, zunächst in Gültigkeit.

Herstellung von Kuchen in Bäckereien.

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. September 1918 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet. Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betr. Geschäfte angeordnet werden.

Achtung! Achtung!

Bitterfelder Braunkohlenrevier.

Große öffentliche

Volks- und Bergarbeiter-Versammlungen

finden diese Woche in nachstehend aufgeführten Orten statt:

Bitterfeld Mittwoch, den 10. September, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Sommerstr.,
Greppin Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Paul Schmidt,
Holzweißig Sonnabend, den 13. September, abends 8 Uhr, in Sonntags Lokal,
Sandersdorf Sonntag, den 14. September, vorm. 10 Uhr, im Gasthof Sandersdorf.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die allgemeine Lage der Bergarbeiter (Tarifvertrag) und das Rätesystem.

Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert den Besuch aller Arbeiter und Arbeiterinnen.

4018 **Bezirks-Bergarbeiter-Rat Halle.**

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Merseburg.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch

in der Woche vom 8. bis 13. September d. J. in sämtlichen Verkaufsstellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: Auf Felder 32 und 33, soweit diese noch nicht beliefert sind, sowie auf Feld 34 für alle Versorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merseburg, den 6. September 1919.
L. A. II. 2614/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Die für die Kartoffelmarken vom 7.—27. September 1919 zuständige Menge Kartoffeln (7 Pfund für jede Woche) werden im Voraus mit zusammen 21 Pfund auf den Kopf zum Preise von 15 Pf. für das Pfund in einer Ausgabe ausgegeben. Die Kartoffeln müssen bis zum 13. September 1919 in den zuständigen Kartoffelstellen abgeholt werden. Nachlieferungen finden nicht statt.

Merseburg, den 5. September 1919.
L. A. II. 2599/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Uebersicht über den Verkauf der **Mager- und Buttermilch** für die Stadt Merseburg vom 8. bis 23. September 1919.

Montag 8. Sept.	Albert Kretzschmar Fischer	Montag 15. Sept.	Albert Kretzschmar Fischer
Dienstag 9. Sept.	Kötteritzsch Trommer	Dienstag 16. Sept.	Kötteritzsch Trommer
Mittwoch 10. Sept.	Frahnert Kunecke	Mittwoch 17. Sept.	Frahnert Kunecke
Donnerstag 11. Sept.	Konsum L Teichmann Schulz	Donnerstag 18. Sept.	Konsum L Teichmann Schulz
Freitag 12. Sept.	Vogel Näther	Freitag 19. Sept.	Vogel Näther
Sonnab. 13. Sept.	Schanze Konsum G	Sonnab. 20. Sept.	Schanze Konsum G

Volkspark,
Burgstraße 27.
Kräftiger 3840
Mittagstisch.

Wirklich pa. Kautabak
Nordhäuser 2630
Art, feste harte Rollen aus echt. Tabakbl. hergest. mit Ia. Alkoholbeize (nicht schimmelnd) vers. z. Probe. 10 Rollen Mk. 12,50 10 Stangen Mk. 11,50 franko gegen Nachnahme. Versandhaus „Reform", Essen 68, Gerswidastr. 33

Bettstellen
Patentmatratzen
Ausziehtische
Nußb.-Vertikos
in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstraße 26,
am Ratskeller. 3835

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz über unsere tausendfach bewährt., patentamtlich geschützten Hörtrommeln. Bequem und unsichtbar zu trag. *länz. Anerkenn. Größe

Sanis Versand München 384 h.
*1519

Reparaturen
2376 an
Uhren
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher,
Große Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstr.)

Kopfläuse u. Brut *1522
vernichtet
Laito 3fach stark gerochlos
Flasche 2,75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Seepharm, Hannover 46.

Ausgekämmtes Frauenhaar
Kilo 25 Mk., kauft
Frau Reinicke,
Merseburgerstr. 103, I. 2693

Rauchtabak.
Das Ideal des Rauchers,
garant. ohne Beimischung, aus Stengeln der Tabakpflanze hergestellt, per Pfund Mark 6,50, nicht unter 10 Pfund, abgewogen in ½ Pfund Paketen, geg. Nachnahme.
Albert Pietschen,
Tabak- u. Zigarren-Versand,
*2681 Herford in Westf.

Erlöschen der Räude.

Die Räude unter den Pferden der Fuhrhalter Naumann, Hirtenstraße 7, Ehrentraut, Annenstraße 14, Schönfeld, Teichstraße 17, Fickert, Teichstraße 31 ist erloschen.

Merseburg, den 30. August 1919.
P. I. 4860/19. **Die Polizei-Verwaltung.**

Eilenburg.

Weißbrotlieferung.

Den Mehlhändlern und Bäckern wird vom Montag, den 8. September an wieder 75 Prozent inländisches Weizenmehl überwiesen. Die Abgabe amerikanischen Weizenmehles und daraus hergestellter Backware auf weiße Brotmarken wird von diesem Tage an verboten.

Eilenburg, den 5. September 1919.
*2630 **Der Magistrat.**

Flechten. Wunden offene Füsse, Krampfaderleiden, heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe". Preis 2,70 und 5.10 M.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *1578 **Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 126.**

Hüte

Filz, Velour ꝛc. werden gewaschen, gefärbt, nach neuesten Formen umgearbeitet und in bekannt sauberer Ausführung geliefert. 3813
A. Tanner, Hutfabrik, Mittelstr. 6, I.

Mode-Zeitungen

empfiehlt die
empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Fahrräder nur erstklassige :: Fabrikate ::
mit **Gummibereifung**
sofort lieferbar. *1615

Nähmaschinen nur erste deutsche — Fabrikate. —
Billigste Preise für allerbeste Waren
ist meine Grundbedingung.

Fritz Schönbrodt, Bitterfeld,
Tel. 284. — **Markt 5.** — Tel. 284.

Scheffelbrot

darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen!

4032

ff. Herren- und Damen-Garderobe
nach Maß, 4082
sowie **Umarbeiten von Militärsachen** und **Wenden getragener Kleidungsstücke** in tadelloser und moderner Ausführung unter fachmännischer Leitung liefern schnellstens bei **mäßigen Preisen.**
Reichhaltige Auswahl in In- und ausländischen Stoffen in prima Qualitäten.
Lingner & Bröse, Große Ulrichstr. 32.
Zweiggeschäft **Henriettenstr. 39.**

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Pro Serie in 1 Band gebunden **2,25** Mk., Porto 15 Pf.
Erhältlich in Heften à **30** Pf., Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44. F

An unsere werten Abonnenten, Genossinnen und Genossen!

Berücksichtigt bei allen Euren Einkäufen die Inserenten des Volksblattes.

Von verschiedenen Vereinigungen sind Beschlüsse gefasst worden, die es ihren Mitgliedern verbieten, im Volksblatt zu inserieren. Ja, man geht bei mehreren derartigen Begründungen dazu soweit, uns für die seinerzeit stattgefundenen Plünderungen verantwortlich zu machen; man scheut sich auch nicht, uns direkt als Plünderer zu bezeichnen. Es ist selbst vom Gericht festgestellt worden, dass die organisierte Arbeiterschaft mit den Plündereien nichts gemein hat, aber trotz alledem die Wühlerei gegen das Volksblatt.

Genossinen und Genossen, die einzig richtige Antwort auf alle diese gemeinen Verdächtigungen und Beleidigungen ist:

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Zeigt, dass auch Ihr mit Leuten, die Euch verdächtigen und beleidigen, nichts zu tun haben wollt.

Halle a. d. S., den 30. August 1919.

Verlag Volksblatt.
H. Schade.

F.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0004

Eine Erinnerung.

Von August Erdmann.

„Von verschiedenen Seiten hören wir, daß in Stadt und Land Gerüchte über Anbahnung von Friedensverhandlungen in Umlauf gesetzt werden. Des näheren wird angedeutet, daß vorbereitende Schritte zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit England auf der Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen im Gange seien oder in Gang gebracht werden sollen. Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benützen, um Sicherheit zu schaffen, daß keiner mehr wagen wird, unsern Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben. Die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen."

So stand am 24. April 1915 zu lesen in der damaligen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die von Bismarck bis Michaelis den jeweiligen Reichskanzlern zur Kundgebung ihrer politischen Meinung gedient hat. Diese kanzlerische Kundgebung war überschrieben: „Törichtes Friedensgerede". Sie wanderte auf den Schwingen des elektrischen Drahtes in die entferntesten Redaktionsstuben und war am selben oder spätestens am nächsten Tage fett und gesperrt und durchschossen in allen deutschen Welt- und Wurstblättern zu lesen. Und von Konstanz bis nach Königsberg ward sich jeder Müller und Schulze, jeder Meyer und Lehmann samt Weib und Kind bewußt, daß wir der Welt wieder mal gezeigt hatten, wessen wir willens und fähig seien. Und wehe dem, der in diesen und den folgenden Tagen etwas vom Frieden geredet oder an „unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner" gezweifelt hätte! Flau- und Miesmacher, Hoch- und Landesverräter wäre er genannt und, wofern er's öffentlich in Patriotenmitte geäußert hätte, von alldeutschen Bizepös gebührend abgestraft worden!

Auch im Reichstage, dem Orte der freien Rede, wurde nicht vom Frieden geredet. Die Konservativen, die Nitramontanen (Erzberger hetzte damals noch mit Westarp und Wassermann um die Wette), die Nationalliberalen und die Fortschrittler wollten nicht, und die Sozialdemokraten, im Banne des Burgfriedens und der Politik des 4. August, glaubten nicht zu dürfen. Nur einer hat es dennoch gewagt. Und da in den letzten Wochen soviel von verpaßten, verpfuschten und auch von böswillig zerstörten Friedensgelegenheiten geredet und geschrieben worden, so sei auch dieses Einen gedacht, dessen mutige Friedenstat sich am heutigen Tage zum vierten Male jährt.

Am 31. Juli 1915 reichte der Abgeordnete Karl Liebknecht, der damals als Armierungssoldat an der Ostfront stand, beim Reichstag eine kleine Anfrage an den Reichskanzler ein, die folgenden Wortlaut hatte:

Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der anderen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

In welcher Stimmung der deutsche Philister diese Anfrage aufnahm, zeigt der Umstand, daß die Berliner Morgenpost die Einbringung mitteilte unter der Ueberschrift: „Eine Scherzfrage des Abgeordneten Liebknecht" und die Nachricht mit der Bemerkung schloß: „Der kleine Schälter ist zurzeit als Armierungssoldat auf dem östlichen Kriegsschauplatze tätig."

Das war die glorreiche Zeit, wo der deutsche Philister im Vollbewußtsein seiner Unbezwingbarkeit den Gedanken an den Frieden mit einem überlegenen Lächeln und schnoddrigen Scherzen abtun zu müssen glaubte. Und nicht besser ging's im Reichstage, wo am 20. August, also vor ungefähr vier Jahren, die Anfrage als erster Punkt auf der Tagesordnung stand.

Liebknecht erhielt vom Präsidenten das Wort zur Verlesung seiner Anfrage. Das weitere vollzog sich nach dem amtlichen Bericht wie folgt:

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat das Wort der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Jagow.

von Jagow, Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, ich glaube, dem Einverständnis der großen Mehrheit des Hauses zu begegnen, wenn ich auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Liebknecht eine Antwort als zurzeit unzweckmäßig zu erteilen ablehne. (Lebhaftes anhaltendes Bravo!)

Abgeordneter Dr. Liebknecht: Das ist eine Zweideutigkeit ... (Anhaltendes ironisches Bravo und Lachen.)

Abgeordneter Dr. Liebknecht: Es ist ein Bekenntnis ... (Erneutes anhaltendes ironisches Bravo und Lachen. Glocke des Präsidenten.)

Ich trapp fünf Minuten war die Anfrage Liebknechts erledigt. Unter Lachen und in lustigster Laune ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung, der Vorlage eines Kriegskredits von 10 Milliarden, die, wie der Präsident unter „lebhaftem Beifall" des Hauses feststellte, „einstimmig" bewilligt wurde.

Ueber diesen Punkt fand eine lange Aussprache statt. Herr Helfferich, damals Reichsschatzsekretär, pries die deutschen und scherzte über die englischen Finanzen und gelobte, bei Friedensschluß neben allen anderen auch die Frage der Kriegskosten nicht zu vergessen. Es folgte sein berühmter Satz:

Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Kriegs verdient. Sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.

Und als er schloß mit der Verheißung eines „deutschen Friedens, der uns die Vollendung des Werkes von 1812 und 1870 sein wird," sah er sich gelohnt durch „stürmisches anhaltendes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen".

Wassermann versicherte, der Krieg sei dem Kaiser, sei dem deutschen Volke aufgedrungen worden. „Möge der Kaiser," so schloß er, „den Krieg mit kraftvoller Hand durchführen und uns einen Frieden erringen, der seinen Namen mit ehernem Griffel in die Tafel der deutschen Geschichte eingräbt als des großen Kaisers einer gewaltigen deutschen Zeit, der gewaltigsten Zeit, die die Weltgeschichte je gesehen hat."

Beifall und Händeklatschen verzeichnet der amtliche Bericht nach den Worten auch dieses blinden Sehers. Drei Stunden flossen die patriotischen Reden der Spahn, Oertel, David, Fischbeck, Wassermann dahin. Sie alle sahen den Sieg, forderten die Fortsetzung des Krieges bis zum „deutschen Frieden" und machten die Bewilligung der Kreditvorlage zur nationalen Pflicht — alle unter Zustimmung und lebhaftem Beifall des hohen Hauses.

Der Eine aber, der im Reichstage vom Frieden zu reden wagte, wurde verlacht und verhöhnt, beschimpft und beschmutzt, wurde ein Jahr darauf, weil er den Frieden und den Sturz der kriegsversessenen Regierung forderte, ins Zuchthaus geworfen, wurde schließlich, als beides erreicht war und er die Dinge in seinem Sinne zu gestalten suchte, erschlagen.

Dem Karl Liebknecht als Politiker blieb der äußere Erfolg versagt. Um den zu erreichen, hätte er's anders machen müssen. Wie Herr Erzberger zum Beispiel, der heute der Held des Tages ist. Der hat sich nicht durch voreiliges Drängen nach dem Frieden und durch Anklagen gegen die Regierung den Mund verbrannt und den Aufstieg verlegt. Der hat drei Jahre lang mit den annektionistischen und kriegswütigen Wölfen gebeult und ist im Dienste der Bethmann und Ludendorff über viele dunkle Treppen geschlichen und hinter manchen Vorhang gekrochen, aber klug, wie er ist, hat er mit dem, was er dabei an Unheil geschaut, hübsch gewartet, bis die unsaubere Herrlichkeit zusammengebrochen und das Ausplaudern nicht mehr gefährlich, sondern den neuen Männern sogar nützlich und daher ihres Beifalles sicher war.

Von Matthias Erzberger, dem Manne des Erfolges, spricht heute alle Welt. Er, nicht Gustav Bauer, ist der wahre Reichskanzler. Von Karl Liebknecht spricht niemand mehr. Aber er lebt fort im Gedächtnis von vielen Hunderttausenden. Und wenn es in der Tiefe des unglücklichen Deutschlands nicht zur Ruhe kommen will, wenn es unter der Masse immer noch gärt und brodelt und immer wieder unheilvoll aufwallt, dann zeigt sich darin, daß Karl Liebknecht, mag er auch erschlagen sein, noch lebt, daß sich hier auswirkt, was am 20. August 1915, als man Helfferich und Wassermann zujubelte und Liebknecht auslachte, an der Sache der Vernunft, der Menschlichkeit des Friedensgedankens getreult wurde.

Liebknecht lebt als dauernde Erinnerung an den gemeuchelten Frieden, den Urgrund unseres Riesenelends. Hätte man vor vier Jahren, statt neue Kriegskredite zu bewilligen, auf Liebknecht gehört, dann wäre zwar immer noch genug Schlimmes zu ertragen gewesen, aber vor diesem Abgrund des Elends, in den, trotz Herrn Erzberger, der alles weiß und alles kann, kein Strahl der Hoffnung fällt, wären wir doch bewahrt geblieben.

Sie ist jetzt üblich, die Großen: Kaiser, Kanzler und Heerführer anzuklagen. Es kann nicht schaden, auch der Sünden derer zu gedenken, die das Volk im Vertrauen auf ihre Weisheit und Tüchtigkeit mit der Wahrung seines Wohles betraut hatte: des Reichstages.

Und auch in dieser Beziehung ist die Erinnerung an das, was sich vor vier Jahren im Hause der Reichsboten begab, von einigem Nutzen.

Der Schrei nach Akkordarbeit.

Die lautesten Schreier sind natürlich die Regierungssozialisten. Getreu ihrer Mission, den Kapitalismus gegen die Anstürme des revolutionären Proletariats zu schützen, arbeiten sie mit allen Kräften, um die durch die November-Erhebung gelockerte Ausbeutung des Proletariats wieder zu befestigen und zu verewigen. Jahrzehntelang kämpfte die deutsche Arbeiterschaft für Abschaffung der Akkordarbeit, die sie mit Recht als Mordarbeit bezeichnete. Erst die Novemberrevolution brachte den vollen Erfolg. Die Akkordarbeit verschwand — zum Leidwesen der Unternehmer — und an ihre Stelle trat fast allgemein das Zeitlohnsystem.

An den Grundlagen der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten hat sich nichts geändert; die Lohnsklaverei blieb unangetastet, das Unternehmertum will jedoch auch die geringste Einschränkung des Rechts auf Ausbeutung nicht dulden. Schritt für Schritt sucht es daher das alte Verhältnis wieder herzustellen, unter anderem auch die Akkordarbeit wieder einzuführen. Und es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien in diesem Feldzuge für Wiedereinführung der Akkordarbeit selbst eine gewisse Zurückhaltung üben, sie schicken lieber ihre Lakeien, die Nichtsozialisten, vor und begnügen sich damit, die Ergüsse dieser „Arbeitervertreter" freudvergnügt und mit dem nötigen Kommentar versehen in ihrer Presse zu registrieren.

Der bürgerliche preußische Eisenbahnminister Oeser weist darauf hin, daß es notwendig wäre, „den Lohn in Beziehung zur Leistung zu setzen. Der Wink wird von den Lakeien sofort verstanden und der „Sozialdemokrat" Schlide, seines Gleichen Reichsarbeitsminister, erklärt einem Vertreter der Nationalzeitung gegenüber: „Ich trete für die Wiedereinführung der Akkordarbeit ein." Und der Vorwärts schreibt:

„Die Regelung der Lohnfrage muß so erfolgen, daß der tüchtigste Arbeiter entsprechend seinem besonderen Fleiß den höchst denkbaren Lohn erreichen kann, und daß der träge Arbeiter gezwungen ist, ein gewisses Minimum von Arbeit zu leisten, wenn er einen auskömmlichen Lohn erzielen will. Der eine Weg dieses Zustand zu erreichen, ist die Einführung der Akkordarbeit."

Um den Arbeitern die Akkordarbeit leichter aufschwatzen zu können, hat der Vorwärts ein neues Wort erfunden: „sozialer Akkordlohn" heißt dieses Wort, und er versichert, daß der von ihm befürwortete soziale Akkordlohn nicht den Kapitalisten zugute kommen sollte.

Das ist natürlich totaler Unsinn. Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedeutet jedes Akkordlohnsystem stärkere Kräfteanspannung der Arbeiter, also gesteigerte Ausbeutung, und diese Ausbeutung kommt letzten Endes nur den Kapitalisten, den Unternehmern zugute, indem sie sich eine größere Menge Arbeit aneignen.

Die tiefste Ursache für die Arbeitsunlust und Arbeitsminderung liegt darin, daß die Arbeiterschaft nicht mehr für die Kapitalisten arbeiten will, sie will nicht länger unter dem Joch der Lohnsklaverei bleiben. Steigerung der Arbeitsleistung, Erhöhung der Produktion — das sind gewiß beschwichtige Dinge. Das beste und einzige Mittel, es zu erreichen, ist, die Wirtschaft zu sozialisieren, die Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz zu überführen. Das Problem ist nicht Zeitlohn oder Akkordlohn, sondern Aufhebung des kapitalistischen Lohnsystems überhaupt. Die Arbeiter wissen, daß der Sozialismus eine im Vergleich mit dem Kapitalismus höhere Arbeitsproduktivität verlangt. Und sie werden in dem Moment, wo die Herrschaft der Kapitalisten gebrochen ist, freudig ihr alles daransetzen, um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Die Frage der Akkordarbeit ist gleich der Frage des Taylorsystems nicht für sich zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit dem allgemeinen Stande des Kampfes des Proletariats um seine Befreiung.

Daher ist nichts widersinniger als die Berufung darauf, daß Lenin und die anderen russischen Genossen sich für die Einführung der Akkordarbeit, für Taylorisierung der Arbeit aussprachen. Das Proletariat wird, wenn es an die Macht gelangt und an den Auf-

Das Rätsel der Milchstraße.

Von Svante Arrhenius.

Der bekannte schwedische Astronom hat seine deutschen Leser mit einem neuen Buch erfreut (Der Lebenslauf der Planeten. Verlag der Akademischen Verlagsgesellschaft, Leipzig). Es vereinigt, wie die von uns wiedergegebene Probe zeigt, wissenschaftlichen Ernst mit populärer Darstellung und hält sich fern von billigen Phantasiereien über Marsbewohner und ähnlichem, die immer wieder erneuert werden. Die Schrift gehört in jede Volksbücherei.

In dunklen, sternklaren Nächten bemerkt man am prächtigen Sternenhimmel ein unregelmäßiges, über den Himmel sich hinziehendes Lichtband. Dieses Band setzt sich nach über den Teil des Himmels fort, dessen Anblick uns entzogen ist, so daß man sagen kann, daß es wie ein Gürtel das ganze Himmelsgewölbe umschließt. Dieses am nördlichen Sternenhimmel am kräftigsten erscheinende Band nennt man die Milchstraße. Es steht etwa 50 Grad gegen den Aequator geneigt und teilt den Himmel in zwei nahezu gleiche Teile, von denen der nördliche etwas größer ist.

Die antike Welt und auch die ganze Menschheit hatte aber bis vor ungefähr 200 Jahren kaum eine Ahnung von der außerordentlich großen Bedeutung der Milchstraße. Anaxagoras und Demokritos vermuteten gleichwohl, daß sie aus einer großen Zahl dicht zusammengehäufter, außerordentlich kleiner Sterne bestünde, die von derselben Beschaffenheit wären wie unsere Sonne. Ptolemaios beschrieb vor nahezu 2000 Jahren ihre Lage am Himmel, und diese Beschreibung stimmt noch heutigen Tages, soweit man mit unbewaffnetem Auge beobachtet. Das von Galilei eingeführte Fernrohr bestätigte die Ansicht, daß die Milchstraße eine Ansammlung zahllofer Sterne sei. Vor noch nicht ganz 200 Jahren machte Swedenborg sie zum Gegenstand kosmogonischer Betrachtungen, nach denen das Sonnensystem zu ihr gehören sollte. Wright, Kant und Lambert führten diesen Gedanken weiter aus.

Weiterhin wurde kein nennenswerter Fortschritt gemacht, bis der große William Herschel durch seine statistischen Untersuchungen zeigte, daß die Sterne um so dichter beieinander sind, je näher der Milchstraße sie stehen. An manchen Stellen der Milchstraße liegen die Sterne mehr als hundertmal so dicht als an ihren Polen, das heißt an den von ihr so weit als möglich entfernten Punkten. Nach Herschel sind die statistischen Untersuchungen von Struve aufgenommen und später von vielen Forschern fortgesetzt worden.

Durch diese Untersuchungen ist festgestellt worden, daß die Milchstraße sozusagen die Grundfeste bildet, auf welcher das für uns sichtbare Sternsystem aufgebaut ist. Alle verschiedenen Arten von Himmelskörpern, die durchforscht worden sind, sind alle um die Milchstraße als Symmetrie-Ebene angeordnet und meist um sie stark angehäuft. Hierher gehören die neuen Sterne, die mitunter aufflammen, wie der bekannte neue Stern im Perseus von 1901; sie liegen fast sämtlich in der Milchstraße oder in ihrer unmittelbaren Nähe. Ferner gehören hierher die unregelmäßigen Nebel, große, weit ausgebreitete Gasmassen, von denen der Orionnebel der bestbekannte ist, und die die Urmaterie auszumachen scheinen, aus der die Sterne hervorgingen. Hierher gehören auch die Sternhaufen, dichte, kugelförmige Anhäufungen von Sternen, und die sogenannten planetarischen Nebel, die — wenigstens in ihren sichtbaren äußeren Teilen — ebenfalls aus kugelförmig oder ellipsoidisch gestalteten Gasmassen bestehen. Im Gegensatz zu all diesen kommen die zahlreichen Spiralnebel unvergleichlich reichlicher in in der Umgebung der Milchstraßenpole vor als sonst im allgemeinen am Himmel.

Nach der Ansicht dieser Astronomen ist die Milchstraße selbst ein Nebel. Meistens wird angenommen, daß sie sehr nahe einem Spiralnebel entspräche, eine Ansicht, die von dem holländischen Astronomen Easton warm verfochten wird. Eastons Auffassung ist sehr wahrscheinlich.

Nach den neuesten Untersuchungen von Shapleh (1918) gehören die Sternhaufen gewissermaßen zum Milchstraßensystem, das demnach einen Durchmesser von wenigstens 300 000 Lichtjahren besitzt. Was wir bisher als das Milchstraßensystem angesehen haben, ist nur ein kleiner Teil von dem enormen Gebilde, dessen fast unfaßbar riesige Dimensionen uns durch die Untersuchungen der Sternhaufen enthüllt werden. Die einzelnen Sternhaufen besitzen Massenverhältnisse, die von der gleichen Größenordnung sind wie diejenige der Sammlung von Sternen, welche dem Milchstraßensystem mit Ausnahme der planetarischen Nebel und der Sternhaufen angehören.

Einer ungeheuren Qualle gleich schwimmt die Milchstraße in dem unendlichen Aether. Ihre Ausmaße verhalten sich zu denjenigen der Erdkugel wie die Dimensionen dieser letzteren zu denen eines Atoms. Der irische Physiker Fournier D'Albe bezeichnet die Weltkugeln als die Atome, aus denen die großen Weltsysteme, wie die Milchstraße, in derselben Art aufgebaut sind wie die Erde und die anderen Gestirne aus den für uns unsichtbaren Atomen, deren Größe doch mit größter Genauigkeit festgestellt ist.

In poetischem Schwunge zögert Fournier D'Albe nicht, dem Milchstraßensorganismus Leben zuzuerkennen. Eine gewisse Analogie mit einem Lebewesen kann ihr nicht abgestritten werden. Der große Nebel ist aus der Vereinigung zweier Individuen, zweier auf der Wanderung durch den Weltenraum sich begegnenden Nebel, hervorgegangen. Da lag nun der Neugeborene und streckte seine Fangarme in den kühlen Aetherwogen aus und wuchs und nährte sich von den kleineren Geschöpfen, die ihm der Wellenschlag zuführte. Nun ist er auf der Höhe seiner Entwicklung und beginnt dem Zerfall in seine Molekülle, die Sonnensysteme, entgegenzugehen. Diese aber, aus ihren Atomen den Gestirnen aufgebaut, stürzen hinaus und durchrasen in gewaltigem jugendlichen Taumel den Raum und leben ihr eigenes besonderes Leben. Allmählich werden sie durch die Wirkung des Strahlungsdruckes zum Teil zu Staub zerfallen, der einem neuen jugendfrischen Nebel zur Nahrung dienen wird. Der Hauptteil wird dem Kältetod anheimfallen und erst durch Zusammenstoß mit einem Nebel oder dichterem Himmelskörper in Form eines „neuen Sterns" zu neuem Leben erweckt werden. Und so werden diese jungen Himmelskörper wiederum den Kreislauf des Daseins erfüllen und nach einer, im Verhältnis zu ihren Dimensionen auf Millionen Billionen Jahre zu schätzenden Lebensdauer neuen Himmelsgebilden Dasein geben. Und so wird es in ewigem Kreisgang sich wiederholen.

Republikanische Pädagogik.

Von Heinrich Zschokke.

Diese zeitgemäße Schilderung eines Schülerrates ist vor 120 Jahren entstanden; die V. Z. entnimmt sie Zschokkes Selbstschau über seine Wirksamkeit als Lehrer im Jahre 1798.

Knaben, auf Rosenbetten verzärtelt, liegen gewöhnlich als Greise auf Dornen. Darum leitete ich die mir anvertrauten allmählich zum freiwilligen Entbehren und zur Selbstabhärtung. Sie sollten sich üben, unabhängig von dem zu werden, wovon der große Haufe abhängig zu sein pflegt. Lehr- und Arbeitsstunden waren nicht unterhaltendes Spiel, sondern ernste Anstrengung und Mühe. Doch weder Fleiß noch sittsames Betragen wurden belohnt oder beehrt. Es ist Versündigung an der kindlichen Natur, statt in ihr den Sinn des Rechten und Wahren, den Ehrgeiz des Tieres aufzuwecken. Charlatanerie feierlicher Schulprüfungen ward verbannt. Man lernt in ihr nur den Wert des Lehrers, nicht des Schülers kennen. In der geräumigen Schloßkapelle ward Sonntags die jugendliche Gemeinde zur Gottesverehrung versammelt. Ich betrat die Kanzel und stellte die kleinen Ergebnisse der Woche dem Licht der Religion gegenüber, daß sich das Erfahrene zum Heilungsmittel der jugendlichen Gemüter verwandle. Zu den Spielen gehörte auch Aufführung, aus dem Steigreif, von dramatisierten Sprichwörtern; denn Fertigkeit im Ausdruck, Geistesgegenwart und äußerlicher Anstand sind dem republikanischen Bürger wesentlich nötig. Ich entwarf Folge und Zusammenhang der Szenen. Den Spielern blieb deren Ausfüllung mit Wort und Handlung überlassen. Das Seminar besaß sein eigentliches niedliches Theater.

Mehr aber als nur Spiel ward ein wöchentliches Sittengericht, in welchem die Zöglinge selbst Richter über sich wurden; sich aus ihrer Mitte Präsidenten und Sekretär ernannten und ihre Klagen oder Verteidigungen selbst vortrugen oder durch erwählte Redner vortragen ließen. Richter waren alle; doch mußte der Urteilsspruch von anwesenden Lehrern bestätigt, meistens gemildert werden. Am schwersten ward Heuchelei und Lüge verpönt. Urteilskraft, Rednergabe und sittliche Selbstbewachung der jungen Leute gewannen dabei; aber noch größeren Gewinn gewährte dies Tribunal dem Erzieher durch Enthüllungen dessen, was im verborgenen geschehen konnte und oft unvermutet zutage kam. Es ist auch dem wachsamsten Auge unmöglich, das heimliche Treiben und Sinnen jedes einzelnen der kleinen Schlauköpfe, besonders sobald ihrer mehrere sind, zu verfolgen. Und doch ist's eben nur, wie sie sich unbelauscht wissen, in Spielen, Gesprächen und Gezänken, daß sich ihre Gemütsart frei und ohne Scheu aufdeckt und ihre sittlichen oder unsittlichen Neigungen den stärksten Entwicklungsreiz und die entschiedenere Richtung annehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0005

und Umbau der Gesellschaft geht selbstverständlich auch alles Wissenschaftliche und Fortschrittliche, was im Taylorsystem enthalten ist, ausnützen, um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit die höchste Organisierung der Arbeit zu erreichen. Es wird, wenn nötig, auch die Frage der Akkordarbeit auf die Tagesordnung setzen und ausprobieren. Das Proletariat wird sich aber hüten, solange die kapitalistische Ordnung besteht, Vorschlägen und Maßnahmen zuzustimmen, die geeignet sind, nur seine Ausbeutung zu steigern. Der Schrei der Unternehmer und ihrer Lakeien, die sich noch immer „Sozialisten" nennen, wird wirkungslos verhallen.

Nicht Akkordarbeit, sondern Erringung der politischen Macht zur Durchführung der Sozialisierung lautet die Parole.

Aus der Provinz.

Es gibt keine Gegenrevolution?

Das Bürgertum bewaffnet sich. — Die Arbeiterräte werden eingekerkert.

Der Abbau der letzten spärlichen Reste der Revolutionseinrichtungen des Proletariats schreitet munter vorwärts. Neuerdings geht man dazu über, Mitglieder von Arbeiterräten, die während der ersten Revolutionsmonate Haussuchungen usw. vorgenommen hatten, nachträglich gerichtlich bestrafen zu lassen. Ganz besonders mausig macht sich auf diesem Gebiete die Staatsanwaltschaft Naumburg a. S. Sie macht sich zunutze, daß nach den Buchstaben des Gesetzes Arbeiterräte zur selbständigen Vornahme von Haussuchungen nicht berechtigt waren, selbst wenn sie Polizeibeamte zugezogen hatten. Daß, wenn in jedem Falle notwendiger Haussuchungen — etwa zu dem Zwecke, die Verschiebung von Lebensmitteln, Waffen usw. zu verhindern oder nachzuweisen — erst richterliche oder staatsanwaltliche Genehmigung eingeholt worden wäre, der Zweck der ganzen Aktion in den überstürzenden Ereignissen der ersten bewegten Revolutionszeit von vornherein illusorisch sein mußte, kümmert die Herrschaften nicht. Sie können sich jetzt für ausgestandene Aengste revanchieren und die verhafteten Arbeiterräte gerichtlich drangsalieren. Nachdem vor kurzem erst ein Zeitzer Arbeiterrat, der Genosse Lippert, wegen unberechtigter Vornahme von Haussuchungen zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, mußten wir am Freitag das furchtbare Urteil gegen die Arbeiterräte der Kaligruben im Unstrutthale melden. Die Staatsanwaltschaft hat auch noch gegen eine Reihe von anderen Arbeiterräten in Naumburg und Kösen. Wir sind wirklich neugierig, ob diesem Skandal vom Justizminister tatenlos zugesehen wird. Wir verlangen, daß sofort durch eine Verordnung die Straffreiheit für Haussuchungen, die im öffentlichen Interesse im Auftrage eines Arbeiterrates vorgenommen wurde, herbeigeführt wird. Ob sich die republikanische Regierung dazu ermannen wird?

Wir hegen wenig Hoffnung! Denn zur selben Zeit, wo man Arbeiterräte wegen revolutionärer Taten nachträglich ins Gefängnis bringt, macht die Bewaffnung der reaktionären Elemente im ganzen Reiche reißende Fortschritte. Der Arbeiterrat Roßla im Kreise Sangerhausen ist, wie wir kürzlich meldeten, dieser Tage einer gewaltigen Waffenschiebung auf die Spur gekommen. Dazu werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Am 28. August ist in Roßla ein Waggon Waffen und Munition eingegangen, der an die Adresse der als fanatischsten Monarchisten in der Gegend bekannten Kammersekretär Häßler in Schloß Roßla adressiert war. Bei vorgenommenen Untersuchungen wurde festgestellt, daß in Roßla vorhanden waren: 700 Gewehre, 15 leichte und 4 schwere Maschinengewehre, sowie 8 Kisten Handgranaten. In den umliegenden Orten Hayn, Schwenda und Straßberg konnten 800 Gewehre, 4 Maschinengewehre, 8 Kisten Handgranaten und 12 000 Schuß Munition ermittelt werden. Ein Waggon mit Waffen und Munition soll noch ankommen. Insgesamt sind im Kreise Sangerhausen bisher verteilt worden: 13 000 Gewehre, rund eine Million Schuß Munition und entsprechende Mengen von Handgranaten und Maschinengewehren. Auf unsere Angabe, daß der Absender dieser den Monarchistenputsch und die Arbeitermassakres vorbereitenden Mordinstrumente der Leutnant Huppel bei der Befehlsstelle des Zeitfreiwilligenverbandes Halle a. S., Bezirk II, Hauptpost Zimmer 107 ist, hat das sonst mit Berichtigungen nicht sparsame Noskekommando nicht geantwortet!

Als Leiter der agrarischen Bewaffnung kommt in Frage der Kammerdirektor Bode auf Schloß Stolberg a. H. Der Landrat des Kreises, dem die Angelegenheit nicht ganz geheuer erscheint, gibt an, von der durchgeführten Waffenverteilung nichts zu wissen. Und das, obwohl verschiedentlich Gendarmen von Halle aus mit der Ueberwachung der Ausweggonierung betraut worden waren. Im übrigen beruft er sich auf eine Verfügung des Ministers des Innern, nach der angeblich die Bewaffnung gestattet sein soll. Da Ruhe und Ordnung im Sangerhäuser Kreise weder durch Streiks noch durch sogen. Spartakistenputsche bedroht sind, bleibt als einziges Motiv für die Waffenverteilung übrig: Erstens, ein Betrugsversuch gegenüber der Entente, an die bekanntlich die Waffen nebst Zubehör auf Grund des Friedensvertrages abzuliefern sind und zweitens die Absicht, die revolutionären Bestrebungen in der Arbeiterschaft niederzuhalten und bei irgendeiner provozierten Gelegenheit in Blut zu ersticken. Nebenbei aber bekommt die Gegenrevolution Macht und Zeit zur Auswirkung, was den Herren um Noske die Hauptsache ist.

Die Tätigkeit der Amtsvorsteher.

In der im Ministerium des Innern fertiggestellten neuen Kreisordnung werden, wie man der L. N. mitteilt, die weitgehende der Amtsvorsteher völlig umgestaltet. Das System, daß die Amtsbezirke Polizeibezirke sind, soll fallen. Sie erhalten den Charakter von Kommunalbezirken. Der Amtsvorsteher soll als kommunaler Selbstverwaltungsbeamter von der Amtsversammlung gewählt werden, deren Wahl wiederum von den Gemeindeverwaltungen nach dem Verhältniswahlrecht erfolgt. Während dem Amtsvorsteher jetzt im wesentlichen nur Polizeibefugnisse zustehen, wird ihnen in dem Entwurf das Armenwesen und Wegewesen übertragen werden, und außerdem wird gestattet, ihm Kommunalaufgaben zu überweisen, die jetzt in der Hand der Gemeinden liegen. Auf diese Weise können kleine Gemeinden zu großen leistungsfähigen Verbänden zusammengelegt werden, und die Existenz der Zwerggemeinden kann ein Ende finden. Beabsichtigt ist, dies Verfahren später auch bei den Kreisen durchzuführen. Dies dürfte dann in einem Beschlußverfahren geschehen, während es jetzt nur durch Gesetz möglich ist. Falls diese Nachricht auf Wahrheit beruht, so würden unsere Genossen, die mit der Amtsvorsteher-Würde jetzt beliehet werden, das mit Freude begrüßen. Es ist natürlich eine angenehmere Tätigkeit, kommunale Aufgaben zu bearbeiten, statt Polizei-Funktionen zu erfüllen. Unsere Genossen werden nun ein großes Tätigkeitsfeld haben, auf dem sie segensreich im proletarischen Sinne wirken können.

Konferenz der U. S. P.-Gemeindevertreter und Arbeiterräte im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Am 30. und 31. August waren in Magdeburg die Gemeindevertreter der U. S. P. des Bezirkes zu einer Konferenz versammelt, in der Genosse Rektor Holz-Aschersleben über: Schuldfragen, und Genosse Alwin Brandes über: Gemeindeverfassung und Kommunalisierung, instruktive Vorträge hielten, an die sich interessante Aussprachen anschlossen. Im Anschluß daran tagten die U. S. P.-Arbeiterräte. Genosse F. Mörike-Halberstadt sprach über: Die Bedeutung kommunaler Arbeiterräte. Diese Konferenz nahm die folgende Entschließung einstimmig an: „Arbeiterräte sind mehr denn je dringend nötig im Interesse einer gerechten Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit den Waren des täglichen Bedarfs, ferner zur Abwehr reaktionärer Maßnahmen und zur systematischen Durchführung sozialistischer Wirtschaft in Staat und Gemeinde. Die Konferenz hat deshalb mit Genugtuung Kenntnis von der regen Arbeit vieler kommunaler Arbeiterräte ganz besonders auch auf dem Lande genommen. Sie fordert alle Hand- und Kopfarbeiter auf, den vielfachen Versuchen, die Arbeiterräte zu beseitigen, energisch entgegenzutreten und den Ausbau der Arbeiterräte mit ganzer Kraft zu unterstützen. Die Konferenz protestiert gegen den Noskeschen Gewaltakt, den Berliner Vollzugsrat betreffend. Sie beauftragt die Magdeburger Arbeiterratsmitglieder der U. S. P. mit der Bildung einer Zentralstelle zur wirksamen Propaganda des Rätesystems."

Beide Konferenzen waren starkbesucht. Ihre Verhandlungen waren von dem Willen getragen, im Dienste des Proletariats und des Sozialismus unermüdlich tätig zu sein.

Wer bezahlt die Kosten?

Der Landkreis Weißenfels ist seit einiger Zeit mit einer Anzahl kleineren Noskekommandos belegt, angeblich zum Schutze gegen Felddiebstähle. Das Mitglied des Weißenfelser Kreistages, Genosse Lugenhein, fragte nunmehr beim Landrat an, wer die Kosten für die ungebetenen Gäste trage, die übrigens schon eine Anzahl friedlich von den Zechen heimkehrender Bergarbeiter gewitzt und schwer verwundet haben. Ihm wurde die Antwort, daß die Kosten ausschließlich auf die Grundbesitzer der zum Amtsbezirk gehörenden Gemeinden und Gutsbezirke umgelegt würden.

Ein altes Sprichwort, dessen Wahrheit nie bestritten wurde, heißt: Wer's Brot ich esse, deß' Lied ich singe. Die Agrarier lassen sich ihre Vorbereitung der Gegenrevolution unter Noskes Schutz was kosten. Denn nur für sie ist er vorhanden, während er für die Arbeiterschaft eine ständige Lebensgefahr bedeutet, wie Beispiele beweisen.

Aus dem Kreise Eckartsberga. In Eyleben, Büchel und Hemleben haben mit dem Handel von Getreide nicht berechtigte Personen Getreide in großen Massen zu Wucherpreisen aufgekauft. Dadurch wurde unter der ärmeren Bevölkerung Erbitterung hervorgerufen und infolgedessen dem Landratsamt Anzeige erstattet. Bei einer Revision, die die Gendarmerie am Donnerstag ausführte, konnten größere Mengen Getreide beschlagnahmt werden, die dem Getreidekommissar Hildebrandt in Schillingstedt überwiesen wurden. Die Hamsterer stammen zum größten Teil aus der Mansfelder Gegend. Wie die Eisenbahnstation in Mansfeld mitteilt, wurden an einem einzigen Tage 180 Fahrkarten nach Eyleben verkauft.

Eilenburg. Kartellbericht. Zuerst nahm man die Wahl einer Schiedsgerichtskommission für die Erwerbslosen, welche Notstandsarbeiten verrichten vor. Außer dem Vorsitzenden des Kartells gehören dieser Kommission an die Genossen Riegel, Kaufmann, Schulze und Munkwitz. Ein Genosse regte bei dieser Gelegenheit an, der Fürsorgeausschuß wolle dafür sorgen, daß die arbeitslosen Arbeiterinnen nicht immer von Zeit zu Zeit einen Antrag auf Gewährung von Arbeitslosenunterstützung zu stellen brauchen. Ein Antrag der Steinsetzer wegen Regelung der achtstündigen Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben zeigte in der Aussprache die Notwendigkeit, diese Frage einmal näher in den Gewerkschaftsversammlungen zu behandeln. Um den freien Sonnabend nachmittag fernerhin hochzuhalten, soll man nicht wie bisher, täglich 8½ Stunden arbeiten, sondern man müsse die 46-Stundenwoche fordern. Der Freie Eisenbahnerverband, welcher hier eine Ortsgruppe mit 33 Mitgliedern ins Leben gerufen hat, ist nun endlich dem Kartell angeschlossen. Die Holzbildhauer scheiden nun als selbständige Gewerkschaft aus dem Kartell aus, da sie laut Urabstimmung vom 1. Oktober an dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören. Zur Durchführung des Rätesystems am Orte sowie im allgemeinen gehen den einzelnen Gewerkschaften in nächster Zeit Arbeiterratsmarken zum Verkauf zu. Die Holzarbeiter haben beschlossen, die Marken obligatorisch einzuführen und wünschen, daß das von den einzelnen Gewerkschaften nachgeahmt wird. Die nächste Kartellsitzung soll darüber beschließen. Da man zurzeit kein Lokal zur Unterbringung der zureisenden Gewerkschaftsgenossen hat, einigt man sich dahin, in der Herbergskommission dafür zu sorgen, daß die hiesige Herberge zur Heimat ein Ort sozialer Fürsorge wird.

Pieskerig. Gemeindevertreter-Sitzung. Zum Gemeindevorsteher wurde unser Genosse Kurt Hung mit 14 von 18 Stimmen gewählt. Die Beschlußfassung über Anstellung mehrerer Beamten wird nach längerer Debatte bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Ein besonderer Fall gibt Anlaß, zu erklären, daß begabten Kindern der Gemeinde Pieskerig Mittel für bessere Schulbildung bewilligt werden sollen. Dann nimmt die Versammlung Kenntnis von den Verhandlungen mit den Reichswerken wegen des Schulbaues. Da diese Angelegenheit schon lange schwebt, ein Schulbau auch schon lange in Aussicht gestellt ist, aber nicht zur Wahrheit wird, hat sich die Gemeinde gezwungen gesehen, dem dringenden Bedürfnis nach Schulzimmern dadurch Abhilfe zu schaffen, daß in den neuerbauten Konsum- und Restaurationsräumen drei Zimmer als Schulklassen eingerichtet werden. (Die Bierapparate, welche schon eingerichtet sind, können ja noch niemanden verführen!) Außerdem soll die vorzüglich eingerichtete Küche als Kochschule benutzt werden. Im Punkt Verschiedenes wurde der Antrag des Genossen Matthäs, die Beihilfen zum katholischen Unterricht nicht mehr zu zahlen, angenommen. Weiter wurden dem Kleintierzuchtverein 50 Mk. Beihilfe für gemeinnützige Zwecke bewilligt. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten bringt der Vertreter Kühn die mangelhafte Bewachung des Vulkers auf dem Munitionslager zur Sprache. Es soll am nächsten Tage eine Untersuchung dieser Angelegenheit vorgenommen werden.

Pieskerig. Eine öffentliche Jugendversammlung. Im Volksheim sprach am Mittwoch Genosse Bowitsch-Halle über das Thema: Was will die Freie Sozialistische Jugend. In gut durchdachtem Vortrag zeigte der Redner, wie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Jugend, damit sie politisch aufgeklärt und zum Sozialismus erzogen würde. Bildung Belehrung, Spiel und Unterhaltung sind ebenfalls Mittel, um die Jugend zusammenzuhalten. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, an der sich auch Jugendgenossen beteiligten. Beschlossen wurde, an die Gemeinde heranzutreten wegen Bewilligung von Mitteln zu Bildungszwecken, besonders zum Ausbau der Volksbibliothek.

— Reichstickstoffwerke. In der am Freitag stattgefundenen Betriebsversammlung wurde zunächst Stellung zu der Absicht der Direktion genommen, wegen Kohlmangels 250 Arbeiter zu entlassen. Es wurde beschlossen, es dürften nur Leute entlassen werden, welche ein Geschäft haben oder Grundbesitz, wovon sie sich ernähren können. Um den Arbeiterüberschuß auszugleichen, soll in den Betrieben, in denen die 48stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt ist, diese sofort durchgeführt werden. Ehe Entlassungen vorgenommen werden, soll eventl. die sechsstündige Arbeitsschicht eingeführt werden.

Düben. Stadtverordnetensitzung. Die Gründung eines städtischen Reservefonds wurde gebilligt, ebenso der Plan auf Tilgung der Kriegsdarlehen. Alle öffentlichen Gebäude sollen mit elektrischem Licht versehen und die Mängel der Gasanlage in der Schule beseitigt werden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Anzahl der Magistratsmitglieder von 4 auf 5 zu erhöhen, obwohl ein Teil der Bürgerlichen sich benützte, dagegen aufzutreten. Genosse Riebiger widerlegte aber alle Einwendungen und wies nach, daß nach den richtigen gesetzlichen Bestimmungen gewählt würde. Die Wahl der Magistratsmitglieder und des Beigeordneten soll in der nächsten Sitzung erfolgen. Bezeichnend für die Zeit der Verkehrsnot ist es, daß die Kohlenversorgung durch die Stadt durch das Auto der Ziegelei besorgt werden muß, da sonst nichts herankommt, und bis zum 1. Oktober 8000 Zentner abgeholt werden müssen, damit jeder wenigstens sechs Zentner erhält. Die Anstellung des Stadtsekretärs wird mit einem Anfangsgehalt von 1500 Mark beschlossen. In der nächsten Sitzung soll der Antrag der Magistratsarbeiter auf Erhöhung des Stundenlohnes behandelt werden.

Düben. Ein Schieber erwischt. Der Polizei gelang es in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, einen Wagen anzuhalten, welcher eine Ladung Lebensmittel nach Leipzig befördern sollte. Man fand sechs Zentner Rindfleisch und neun Sack Mehl vor. Absender und Adressat sind noch nicht festgestellt, dagegen wurde der Führer des Wagens, der aus Cossa kam, festgenommen. Das Fleisch kam auch gerade zur rechten Zeit, denn uns drohte eine fleischlose Woche. Nun aber konnte noch pro Person 100 Gramm verabfolgt werden. Hoffentlich gelingt es, mehrere solche Fänge zu machen, denn das Volk im allgemeinen hungert und einige Herrschaften leben auf Kosten der Minderbemittelten herrlich und in Freuden.

Coßdorf. Erfolgreiche Lohnbewegung. Die Arbeiter der Ziegelei Martinskirchen traten am 2. September in eine Lohnbewegung. Sie forderten pro Stunde 30 Pf. Zuschlag, was ihnen nach eintägigem Streik ohne jeglichen Widerstand bewilligt wurde. Man sieht auch hier, daß keine Macht der Arbeiterschaft trotzen kann, wenn diese einig ist und geschlossen vorgeht. Darum, Arbeiter von Coßdorf, hinein in die Organisation, denn nur durch Zusammenschluß können wir zu unserem Ziele kommen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. September 1919.

Wilhelm der Ausreißer und die Hallischen Schulen.

Die Arbeiterschaft steht seit langem im Kampfe gegen die Geschmacklosigkeiten, die ihm das alte Regime von oben aufoktroyierte! Eine schwere Arbeit hat sie zu bewältigen! Noch jetzt sind es gerade die amtlichen Stellen, die die mühsame Arbeit an der Höherbildung des Volkes erschweren. Schon in der Schule fängt die systematische Verwirrung der Begriffe und vor allem die Irreleitung des Geschmacks an. Wenn nun auch hier in Halle Schulverwaltung, Schulrat und Schulleiter eine außerordentlich schlechte Geschmacksauffassung aufweisen, so ist das kein Wunder. Ihre eigene schlechte Schulerziehung in ihrer Jugend ist daran schuld!

. . . Gedämpftes Licht dringt in die Aula des Reformgymnasiums. Der matte Farbton der Wände, das Braun der Bänke, die schlichte Decke, die feierliche Einfachheit überall — erzeugt eine weihevolle Stimmung. — Aber!! Da schreit der helle Wahnsinn von der rechten Wand herab! „Majestät", majestätisch, d. h. in grellsten Farben und ganz unpassend in goldbronziertem Rahmen, fast in Lebensgröße, hängt da. Hat Halle je größere Geschmacklosigkeit, helleren Unsinn gesehen? Das Bild ist dort gerade zu ein Verbrechen an der Entwicklung des jugendlichen Geschmacks! Läßt sich der Schülerrat dieser „höheren" Schule das gefallen? Ist so etwas ein „Reform"-Gymnasium? — Wieviel Sorgfalt legte man dagegen auf Auswahl guter Bilder auf den Gängen der Städtischen Oberrealschule. Sind es auch keine der ersten Kunstwerke, ist auch aus Versehen das Bild vom Morgenrot, das zum frühen Tod Dummer, auf Kosten verbrecherischer, kapitalistischer Hintermänner auffordert, gleich zweimal aufgehängt, sind auch wenig der ersten Künstler vertreten, so merkt man doch die Absicht, geschmacksbildend wirken zu wollen. — — — Neugierige seien aber gewarnt! Man dringe ja nicht nicht bis zum „zweiten Obergeschoß" vor. Daß der gutgenährte Hindenburg in strahlendster Feldherrnuniform drohenden Blicks und mit geballter Faust dort — vor einem Eckpfosten noch immer grimmig herniederschaut — das ist bei der reaktionären Stadtschulverwaltung und dem Rückschritt der gesamten Hallischen Oberlehrerschaft kein Wunder. Daß aber dieselben Herren Akademiker, die immer so sehr exquisit fein wollen und haushoch über dem Pöbel aus dem „Pantoffelgymnasium" zu stehen glauben, daß ihr Hindenburg, ihr zukünftiger Diktator (siehe Tägl. Rundschau, Oberlehrerzeitung), für eine ganz gewöhnliche Photoreklame benutzt und in der Oberrealschule ausgehängt wird, — ist ihnen nicht zu verzeihen. Von weitem liest man unter der eisernen Faust am Szepter in leuchtend weißen Lettern: Photographie von Zeiß-Kamera ist die beste! — Der Franzose Joubert schreibt 1838 (Gedanken und Maximen): „Der Geschmack ist das literarische Gewissen der Seele" — bei Oberrealschule Halle . . .

Noch mehr? Eltern, kommt mit in die Konferenzzimmer, Lehrerzimmer, Rektorenamtszimmer der Mittel- und Volksschuler Halles! Neberall noch strahlt uns der minderwertigste Kaiserkitsch entgegen! Im Lehrerinnenzimmer der Luisenschule (Mädchenmittelschule) z. B. hängt nur Wilhelm I., sonst nichts an der Wand! Geschmacksarmut! In der Hermannschule, in der Freimfelderschule, überall Oeldrucke, überall die widerlich-lächerlich-Heldenpose des ausgerückten Kerls und seiner „Ahnen", allent halben schlechte Kopien, schlechte Originale. Im Rektorzimmer der Friesen-Mädchenschule hängt das Jubiläumskaiserbild mit doppelter Medaille, bei der Proklamation von Versailles reden sich die Reden noch heute die Arme aus; Moltke und Blücher hänger in schlechtester Ausführung preiswert im Staube!

Wie will man da den Geschmack der Volksschulkinder bilden? Mit theoretischen Erörterungen etwa? Wechselrahmen gehören in die Schulen von Hölle! Alle Wochen gehören neue Kunstblätter hinein! Steinzeichnungen von Teubner, oder gute billige Kopien von Callweyl-München, den Kunstwart, dem Dürerbund! Muß das Volksblatt erst wieder auf diese so naheliegende Pflicht der Schulbehörde aufmerksam machen?

Ein besonders trauriges Kapitel bilden ferner die Schulbüsten. Vallas Athene grüßt dich mit ehernem Speer beim Eingang ins Stadtgymnasium — reizende modernste Kinderbilder lachen von den Wänden. Iphigenie auf Tauris träumt übers Meer . . . ein Blick in die Aula aber — und du bist erschlagen! Die abgehackten hohlen Gipsköpfe Wilhelms I., des letzten und Kaiser Friedrichs schänden angenagelt die Wände, voller Staub und Schmutz. Da gestibus non est disputandum — in gymnasio urbis Halensis!

Noch mehr kaiserlich-preußisch-militaristische Geschmacksverirrung? Wollen wir in der Universitätsaula noch „ein Auge riskieren"? — Lieber nicht!

Da gefällt uns die Aula des Städtischen Lyzeums! Sie ist als einzige bilderlos! Sie wird nämlich neu angepinselt — — zum Empfang von Frl. Brendel, die augenblicklich noch in Schweden weilt. Sie wird kein Kaiserbild mehr in ihrer geliebten Aula wiederfinden. Ihr Vater, der allmächtige Stadtschulrat von Halle, wird dann längst den ganzen alten Hallischen Schul-Kaiserkitsch eigenhändig auf einem auf dem Marktplatz errichteten Scheiterhaufen ins Feuer geworfen und so gehorsamst das ausgeführt haben, was die Stadtverordnetenversammlung längst beschlossen hat. Gute Bilder in die Hallischen Schulen zur Gesunderhaltung der Kinderseele und einer wahren Geschmacksbildung des deutschen Nachwuchses, nach Goethes Wort (Gespräche mit Eckermann) am 26. Februar 1824: „Den Geschmack kann man nicht am Mittelgut bilden, sondern nur am Allervorzüglichsten!" — auch in Halle. . . .

* Der Bildungsausschuß teilt mit, daß zu dem heute Abend 8 Uhr stattfindenden revolutionären Vortragsabend Alfred Beierles an der Abendkasse in der Saalschloßbrauerei noch einige Karten zu haben sind. Jedem, der wahre Vortragskünste schätzt, sei der Besuch empfohlen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0006

Wie die Wohnungsnot „bekämpft" wird.

In der letzten Nummer des Volksblattes veröffentlichte der Magistrat eine ganze Reihe von Polizeiverordnungen und Bestimmungen, die als energische Maßregeln zur Bekämpfung des sich immer schlimmer bemerkbar machenden Wohnungsmangels aufgefaßt werden sollen. Wie diese Verordnungen von den Hausbesitzern respektiert werden, daß soll in dem Nachstehenden geschildert werden.

Am 1. Juli trat der Arbeitersekretär Genosse Lemck aus Charlottenburg seine Stellung in Halle an. Da ihm bekannt war, daß der Magistrat der Stadt Halle vor Zuzug gewarnt hatte, setzte er sich vorerst mit dem Wohnungsamt in Verbindung, um die erforderliche Zuzugsgenehmigung zu erhalten. Diese erhielt er Ende Juli mit der Zusicherung, daß das Wohnungsamt ihm beim Suchen einer Wohnung behilflich sein würde. Unterdes hatte er sich persönlich auf die Wohnungssuche begeben und auch in dem Hause Kröllwitzer Straße 7 eine zurzeit leerstehende Wohnung gefunden. Das Grundstück gehört dem Gutsbesitzer Wilhelm Winter in Kröllwitz, der ein ganz neues Vorderhaus gebaut hatte und in dem nur eine Wohnung bewohnt ist. Er setzte sich persönlich mit Herrn Winter in Verbindung, um ihn zur Ueberlassung einer Wohnung zu veranlassen. Der Herr hat dieses aber abgelehnt. Darauf wurde Zwangsvermietung durch das Wohnungsamt beantragt. Am 11. August fand die Verhandlung vor dem Mieteinigungsamt statt. Den Vorsitz hatte Herr Dr. Kämmerer, der nach Beratung mit den Beisitzern unserem Genossen die aus Stube, Kammer und Küche bestehende Wohnung zu einem Mietpreise von 400 Mk. vom 1. September an vermietete. Auf Grund dieses Urteils gab L. die Wohnung in Charlottenburg auf und ließ seine Sachen verladen. Am 18. August begab er sich erneut zu Herrn Winter, um die Miete zu entrichten und sich die Wohnungsschlüssel zu erbitten. Herr Winter verweigerte ihm die Herausgabe der Schlüssel und übergab sie auch nicht dem herbeigerufenen Polizeibeamten. Unser Genosse reichte daraufhin Klage beim Amtsgericht ein. In der Verhandlung erkühnte sich der Hausagrarier durch seinen Rechtsbeistand die Abweisung der Klage zu beantragen aus folgenden Gründen:

1. Da der Kläger aus Berlin sei, habe er in solchen Zeiten in Berlin wohnen zu bleiben;
2. Man könne Herrn Winter nicht zumuten, einen Parteisekretär der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, einen Menschen mit solcher Meinung, in seinem Hause aufzunehmen.
3. Er habe die betreffende Wohnung am 20. August (also neun Tage nachdem das Mieteinigungsamt den Mietvertrag abgeschlossen hatte) anderweitig vermietet.

Trotzdem der Vertreter des Hausagrariers vom Amtsrichter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes endgültig seien, erklärte dieser Herr, den Mietvertrag doch anzusechten. Die Urteilsverkündung wurde auf den 8. September vertagt. Am betreffenden Tage erfuhr nun unser Genosse den Urteilsspruch, der lautete, daß er wohl den Prozeß gewonnen hatte, daß aber Herr Winter die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe von 50 Mk. abgewendet habe. Auf seine verwunderte Frage, wie er nun in die Wohnung hineinkommen solle, wurde ihm nur ein Achselzucken als Antwort. Wir möchten nun an den Magistrat folgende Fragen richten und um deren baldige Beantwortung ersuchen:

1. Nach der durch die Presse in Erinnerung gebrachten Polizeiverordnung vom 18. Mai 1918 ist jeder Vermieter verpflichtet, freie Wohnräume innerhalb drei Tagen beim städtischen Wohnungsamt anzumelden. Zuwiderhandlungen werden mit 30 Mark Geldstrafe oder mit entsprechender Haft bestraft. Warum ist der Gutsbesitzer Winter wegen Uebertretung der Polizeiverordnung nicht mit Geldstrafe oder mit entsprechender Haft bestraft worden?
2. Nach der Magistratsverordnung vom 26. Mai 1919 sind Mietverträge und Mietverhältnisse über Wohnräume nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes rechtswirksam. Die ohne vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes eingegangenen Mietverhältnisse sind nichtig. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Warum ist der Gutsbesitzer Winter nicht mit einer entsprechenden Geldstrafe wegen Uebertretung der Magistratsverordnung bestraft worden?
3. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um das Urteil des Mieteinigungsamtes durchzuführen und welche Zwangsmittel werden gegen den störrigen Hausbesitzer angewandt, um ihn zu veranlassen, sich dem gefällten Urteil zu fügen?
4. Uebernimmt der Magistrat die Verantwortung für den Urteilsspruch des Mieteinigungsamtes und trägt er die dem Wohnungsloseu durch die Weigerung des Hausbesitzers entstehenden Mehrkosten für den Lebensunterhalt seiner Familie?
5. Wird der Magistrat ihm eine andere Wohnung zuweisen, da er doch im Einverständnis mit dem Wohnungsamt seine Wohnung in Charlottenburg aufgegeben hat?

Aus der Darstellung geht hervor, daß die Einrichtung des Mietamtes einfach zur Farce wird, wenn solch widerspenstige Hauspaschas, wie Herr Winter einer ist, auf seine Entscheidungen pfeifen können. Es ist eine Ungeheuerlichkeit schlimmster Art, wie dieser Herr hier mit der städtischen Behörde umspringt. Die offenherzige Bemerkung seines Rechtsbeistandes, daß man Herrn Winter nicht zumuten könne, einen Parteisekretär der Unabhängigen Partei, „einen Menschen mit solcher Meinung", in seinem Hause aufzunehmen, eröffnet her positiven Sozialistentbekämpfung ja herrliche Aussichten. Man braucht die Unabhängigen einfach nur, ganz wie zur Zeit des Sozialistengesetzes, aus den Wohnungen zu werfen, und die Gefahr des Umsturzes ist für Halle beseitigt. In ihrem Gegreine gegen das Volksblatt triumphierte die Saale-Zeitung darüber, daß Halle mit dem Einzug der Noskegarde „von der Herrschaft des Pöbels befreit" worden sei. So ganz scheint das wohl nicht zu stimmen.

Internationaler Jugendtag.

Begeistert schlugen gestern die Herzen des jungen Proletariats der ganzen Welt. Es feierte seinen internationalen Jugendtag, an dem der Schwur der Treue neu gefestigt wurde. Die Feier in Halle begann mit einem Umzug. Bis zum Hallmarkt bewegte sich die junge Garde, wo eine kernige Ansprache gehalten wurde, ein freudiger Appell an die arbeitende Jugend. Mit klaren Worten wußte Genosse Schreiter, Dresden, die Jugend zu begeistern. Ein brausendes Hoch auf das internationale Jung-Proletariat beschegelte seinen Vortrag. Im Volksparkt sammelte sich das junge Volk wieder, um an Spiel, Gesang und mancherlei Darbietungen sich zu erfreuen. Hier kam die jugendliche Fröhlichkeit voll zu ihrem Rechte. Schematisch konnte sich das Programm nicht abwickeln, da alle Darbietungen, wegen Ueberfüllung der Räume, zweimal gegeben werden mußten. Auch an ernsten Vorträgen fehlte es nicht. Besonders sei das Gedicht Der Bettler erwähnt, das, durch Mandolinenbegleitung unterstützt, sehr ergreifend wirkte. Man kann den Verlauf des Jugendtages als sehr gut bezeichnen. Möge der Wunsch der Jugend, mit ihren Klassengenossen der ganzen Welt frei im Sozialismus zu leben, recht bald in Erfüllung gehen.

---

* **Versammlung der Genossinnen.** Dienstag abend 8 Uhr im Volkspark (kl. Saal) Versammlung der weiblichen Mitglieder unseres Vereins. Da in der Versammlung außer einem Vortrag über Sozialismus und die Frauen, der Bericht über die stattgefundene Frauenkonferenz sowie eine Aussprache über die obligatorische Einführung der Kämpferin auf der Tagesordnung steht, ist ein recht starker Besuch erwünscht.

Der Vorstand des Soziald. Vereins. U. S. P.

* **Das Lochspielerin und die Volksstimme.** Endlich findet auch das hiesige Noskepapier die seiner Charakterlosigkeit entsprechenden Worte zum Fall Hartung. Wie nicht anders zu erwarten war, haut das edle Organ der „Mehrheitler" in dieselbe Kerbe, wie die gesinnungsverwandte Saale-Zeitung. Ohne auch nur den geringsten Beweis dafür zu haben, wird mit aller Dreistigkeit behauptet, der von uns gebührend gekennzeichnete Lochspiel Pluda habe mit unserer Partei in Beziehung gestanden, es sei ihm gestattet worden, sich am Lagerfeuer der Unabhängigen zu wärmen, weil er einen Menschenhaufen nach dem Harze geführt habe, um die Entfernung des rechtssozialistischen Volksblattgeschäftsführers Herzig zu erwirken. Obwohl wir wissen, daß selbst vollkommen einwandfreie Feststellungen auf das saubere Organ zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung keinen Eindruck machen, möchten wir erneut erklären, daß P. vor etwa einem Jahr geehrt aus der Partei wegen seiner engen Beziehungen zur Polizei ausgeschlossen worden ist. Ein Versuch, sich in den Novembertagen erneut in die Partei zu drängen, mißlang ihm. Die U. S. P. konnte schon aus dem Grunde keine Verbindung mit Pluda haben, weil er in den meisten Versammlungen in seiner bekannten blutrünstigen Manier gegen sie loszog. Das Verbrennen von Flugschriften durch eine Schar von unter Führung von Hartung und Clauß stehenden Soldaten haben wir sowohl als auch die Partei nicht gebilligt und als Schädigung gebrandmarkt. Die Flugblattstürmer haben übrigens auch dem Parteibureau der U. S. P. einen unerwünschten Besuch abgestattet, und dort Eigentum zerstört und geraubt. Das sind Tatsachen. Was das Eindringen der beiden Burschen Hartung und Clauß in die Geschäftsräume des Volksblattes betrifft, so sei bemerkt, daß die beiden wohl versuchten, die Zustimmung der Partei zu ihrer Räumungsaktion zu bekommen; ihnen wurde aber selbstverständlich unumwunden bedeutet, daß man solche Torheiten nicht gutheißen, geschweige denn mitmachen könne, sondern von diesem gewalttätigen Vorgehen schon deswegen abrate, da jede erzwungene Erklärung Herzigs rechtsunwirksam sei. Denselben Standpunkt nahm auch der Genosse Schade ein.

Uebrigens haben bei beiden „Goldsöhne" Hartung und Clauß — die die Rechtssozialisten schon aus dem Grunde nicht von sich abschütteln können, weil sie willkommene Helfershelfer der von dem rechtssozialistischen Blatte verteidigten und gestützten Regierung sind —, mit ihrem von uns gemißbilligten Vorgehen nur das getan, was ihnen die Hintermänner der Rechtssozialisten Herzig so schön vorgemacht haben. Genosse Herzig hat auf diese Weise am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, Volksblattraub zu betreiben. Den rechtssozialistischen Volksblatträubern ist ihr kein ausgeklügelter Plan mißglückt, der Gewaltakt der Noskespitzel gleichfalls. Aber: die Leute, die sich so entrüsten über die Entfernung des Herrn Herzig, dürften doch wissen, daß sich der rechtssozialistische Geschäftsführer des unabhängigen Volksblattes augenblicklich bemüht, bei den „Mehrheitlern" Vorträge über die Aufgaben der Volksstimme zu halten. Wer verfügt über ein robusteres Gewissen, Herr Herzig, oder die völlig ungerechtfertigt angegriffenen Genossen?

* **Versammlung aller in der graphischen Industrie beschäftigten Arbeiter.** Wir machen nochmals auf die morgen, Dienstag, abend 7 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus stattfindende Oeffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe Beschäftigten, in welcher Gen. Stolt vom Vorstand der Berlin referiert, aufmerksam und ersuchen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Der Ausschuß.

* **Wichtige Fragen aus dem Gebiete der Schulhygiene** behandelte kürzlich im Bunde für Erziehung und Unterricht Stadtschularzt Dr. Peters. Wir geben aus dem besonders für das Lehrpersonal interessanten Vortrag das Wichtigste wieder. Wenn die schulärztliche Tätigkeit sich vielfach bei den Lehrern noch nicht unbeschränkter Beliebtheit erfreue, so läge das zum größten Teil daran, daß die Lehrer den Schularzt immer nur bei denjenigen Tätigkeiten sähen, die den naturgemäß leicht einen etwas oberflächlichen und schematisierenden Eindruck machen könne, nämlich bei den Massen-Untersuchungen in den Klassen und Schulbegehungen. Dagegen hätten die Lehrer von den wichtigsten und schwerwiegendsten Teil der schulärztlichen Tätigkeit, wie er sich in den schulärztlichen Sprechstunden abspiele, keine oder nur sehr unvollkommene Vorstellung und spürten auch in diesem wie in jenem Falle in erster Linie immer nur die hiermit unvermeidlich verbundenen Störungen des Unterrichts. Bei der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten käme es weniger auf das Schließen ganzer Klassen und Schulen, als auf die gesundheitliche und bakteriologische Ueberwachung des Einzelschülers an, wobei die Mitwirkung des Elternhauses ebenso wenig zu entbehren sei, wie in vielen anderen Fragen. Von den Einrichtungen der Schule selbst erörterte der Vortragende u. a. den Nachmittagsunterricht, den er vom gesundheitlichen Standpunkte für die jüngeren Klassen ablehnte, für die älteren hingegen trotz einiger Unzuträglichkeiten — als nicht umgehbar bezeichnet. — Auch für die Einteilung der Ferien müßten gesundheitliche Fragen sich den sonstigen sozialen usw. Gesichtspunkten anpassen. Kurz besprochen wurde ferner noch die Frage des gemeinsamen Unterrichts der beiden Geschlechter, die bei der verschiedenen körperlichen und seelischen Artung der Geschlechter im Pubertätsalter zweifellos schwierig sein würde, in den jüngeren Klassen sei sie ja schon tatsächlich ohne Mißstände vielfach durchgeführt. In der Aussprache wurde der Wunsch nach erheblicher Vermehrung der Schularztstellen ausgesprochen in dem Sinne, daß womöglich jede Schule ihren eigenen Schularzt haben solle. Der Vortragende mußte diesem Problem widersprechen, denn da diese nebenamtlichen Schulärzte zu Zeiten von Epidemien, wo sie also in der Schule sehr nötig wären, durch ihre eigene Privatpraxis gleichfalls so stark in Anspruch genommen seien, daß sie unmöglich beiden Anforderungen voll gerecht werden könnten. Tatsächlich gehen mehrere, bisher nebenamtlich versorgte Großstädte, jetzt zur Anstellung eines hauptamtlichen Schularztes über, wobei das Hallische Vorbild vielfach zum Muster genommen wird! Wo schulärztliche Tätigkeit neu eingerichtet wird, wird jetzt ausschließlich ein hauptamtlicher Arzt angestellt.

* **Verpflichtung der Arbeitgebers zur Bereitstellung eines Kleideraufbewahrungsraumes für die Arbeiter.** Eine wichtige Entscheidung fällte dieser Tage das Gewerbegericht Halle. Ein Kläger war seit etwa zwölf Jahren bei der Zuckerraffinerie Halle beschäftigt. Die Art der Arbeit macht es notwendig, daß die Straßenkleidung mit Arbeitskleidung vertauscht wird. Zu diesem Zwecke hat allerdings die Firma einen Raum zur Verfügung gestellt. Dieser ist aber unverschlossen. Es sind auch sonst keine verschließbaren Behälter vorhanden, um die Kleider verwahren zu können. An zwei verschiedenen Tagen sind dem Kläger eine Hose und ein Hemd gestohlen worden. Der Täter ließ sich nicht ermitteln, da der Anklederaum von 68 Personen benutzt wird. Da die Firma jedweden Schadenersatz ablehnte, rief der Bestohlene das Gewerbegericht an, das die Firma antragsgemäß zu 60 Mark Schadenersatz verurteilte. Die Firma konnte die Darstellung des Klägers nicht bemängeln, bestritt aber ihre grundsätzliche Verpflichtung zum Schadenersatz. In den Entscheidungsgründen heißt es, das Gewerbegericht halte in ständiger Rechtsprechung den Arbeitgeber für verpflichtet, dem Arbeiter einen angemessenen Ort zur Aufbewahrung seiner Kleider zur Verfügung zu stellen. Als angemessen ist aber nicht jeder Raum anzusehen. Es muß vielmehr verlangt werden, daß diese Räume so eingerichtet sind, daß die Arbeiter nach Möglichkeit gegen Diebstahl ihrer Sachen gesichert sind. Daß die Gefahr eines solchen bei der großen Zahl der von der Beklagten beschäftigten Arbeiter vorliegt, steht außer Zweifel. Da der Kläger zum Wechsel seiner Kleider gezwungen war, ist daher die Firma auf Grund des Dienstvertrages verpflichtet, für die sichere Unterbringung der Garderobe zu sorgen. Die Ueberlassung eines unverschlossenen Raumes ohne die Möglichkeit, die Kleider in Schränken oder sonstigen Behältern zu verwahren, genügt nicht. Damit wird die nach § 276 BGB. erforderliche Sorgfalt nicht gewahrt. Die Beklagte ist daher im vorliegenden Fall als schadenersatzpflichtig zu erachten.

* **Aufforderung zur Anmeldung für Künstlernotstandsarbeiten.** Hallische Künstler — Architekten, Bildhauer, Maler und Schriftsteller —, die den Wunsch haben, bei der Vergebung von Künstlernotstandsarbeiten herangezogen zu werden, fordert der Magistrat auf, sich nach Ausfüllung eines vorgedruckten Anmeldebogens bis Dienstag, den 16. September, beim städtischen Hochbauamt zu melden. Die Nachprüfung der Meldungen bleibt vorbehalten. Die Vordrucke sind Rathausstraße 6, Zimmer 106, zu haben.

* **Zur Wahl zum Provinziallandtag.** Durch eine Zuschrift unseres Kieler Bruderorgans werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in unserem Bericht über die Wahl der Hallischen Vertreter zum Provinziallandtag sich ein Druckfehler eingeschlichen hatte, der jetzt von der auswärtigen rechtssozialistischen Presse demagogisch ausgenutzt wird. Es heißt da, Liste 1 (U. S. P.) und Liste 3 (Deutschnationale) seien verbunden gewesen. Natürlich ist jedem Kundigen klar, daß nur Liste 2 (Demokraten) und Liste 3 (Deutschnationale) verbunden waren. Unsere Fraktion hatte, wie ja bekannt, jegliche Listenverbindung abgelehnt! Aber es ist nichts zu dumm, die rechtssozialistische Presse muß es benutzen, um der verhaßten U. S. P. etwas anzuhängen.

* **Keine Rektorenprüfung mehr.** Von dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist eine Verfügung an die Regierungen ergangen, wonach die Bestätigung und Ernennung der Schulleiter nicht mehr von der vorherigen Ablegung der Rektorprüfung abhängig zu machen ist. Die Rektorprüfung fällt vom 1. Juli 1920 an weg.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, kommt in Abänderung des Spielplans Der Zigeunerbaron noch einmal zur Aufführung. Dienstag Der Freischütz, Mittwoch Der Erbförster, Donnerstag Martha, Freitag Einsame Menschen, Sonnabend Aida, Sonntag nachmittag Komtesse Guderl. Für Sonntag abend wird eine Neueinstudierung von Zar und Zimmermann unter Spielleitung von August Rößler und musikalischer Leitung von Karl Mährer vorbereitet.

* **Flüchtlingsfürsorge.** Die bisher im Hause Mühlweg 14 befindliche Fürsorgestelle des Roten Kreuzes für Auslandsdeutsche und aus den besetzten Gebieten Vertriebene ist von der Stadtgemeinde übernommen worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte ist das städtische Arbeitsamt, Abteil. Erwerbslosenfürsorge, beauftragt. Die Geschäftsräume befinden sich bis auf weiteres im Hause Gr. Ulrichstraße 55, Hof, eine Treppe. Verkehrsstunden: 8 bis 3 Uhr, Fernruf Nr. 5426.

* **Ueberfall.** In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Arbeiter auf dem Heimweg in der Nähe des Rosengartens von einem Schlosser überfallen und erheblich verletzt. Der Schlosser, der festgenommen wurde, trug einen Revolver bei sich.

* **Selbstmordversuch.** Heute früh wurde auf dem Hofe einer Gastwirtschaft eine Witwe, die dort übernachtete und vermutlich aus einem Fenster des 1. Stockwerks gesprungen war, in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Sie wurde der Klinik zugeführt.

Landratswechsel im Saalkreise.

Endlich geht er! Der hochkonservative Landrat des Saalkreises, Herr von Krosigk. Wie wir erfahren, hat der Landrat nach der am vergangenen Freitag stattgefundenen Sitzung des Kreisausschusses ein Schreiben an die Regierung gerichtet und um Enthebung von seinem Posten, den er annähernd 20 Jahre innehatte, gebeten. Der Rücktritt erfolgt nicht freiwillig. Gleich nach erfolgter Neuwahl des Kreistages soll sich die große Mehrheit des Kreisparlaments gezwungen, dem Landrat, der sich abseits nicht an die neuen Verhältnisse gewöhnen konnte — und, wie verschiedentlich festgestellt wurde — auch nicht wollte, das Vertrauen zu versagen. Die Fraktion der Unabhängigen im Kreistage, die 24 Sitze von 36 einnimmt, hat beim Minister des Innern begründete Beschwerde gegen das eigenmächtige und nichtachtende Vorgehen des Landrats eingelegt und seine sofortige Absetzung gefordert. Die Regierung konnte sich, wenn sie sich nicht selbst ohrfeigen wollte, den vorgebrachten Gründen nicht verschließen und hätte auch den junkerlichen Landrat „beurlauben" müssen. Der zu erwartenden Abläugung ist Herr v. Krosigk zuvorgekommen.

Das frühere Organ des Kreisausschusses, die Hallesche Zeitung, zerdrückte, was war durchaus verstehen, einige Zähren der Rührung über den Rücktritt ihres hervorragenden Gönners und meldet, daß als Nachfolger des Herrn v. Krosigk mit allerlei Bestimmtheit der bekannte mehrheitssozialistische Abgeordnete, Volksstimmen-Redakteur Adolf Thiele bezeichnet wird. Wir halten das für eine üblen Scherz, den sich das Junkerblatt da mit Herrn Thiele leistet, denn wir können es uns einfach gar nicht vorstellen, daß dem Saalkreise, der in seiner Vertretung 24 Unabhängige einen ganzen, so mit hineingeschlüpften „Mehrheitler" und 11 Bürgerliche zählt, ein rechtssozialistischer Landrat aufgedrängt werden sollte. An der Spitze des Saalkreises, von dem bei der Nationalversammlungswahl etwa zwei Drittel aller Kreisbewohner sich für die Unabhängigen erklärten, ein Regierungssozialist, das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Der Kreistag hat das Vorschlagsrecht für den Landratsposten und er wird natürlich nur einen Unabhängigen erwählen. Sollte man es trotzdem — was Heine immerhin schon zuzutrauen wäre — wagen, den Willen der Mehrheit zu mißachten, so würde das einer glatten Diktatur einer kleinen Minderheit gegenüber der übergroßen Mehrheit gleichkommen. Bei der Abneigung, die der von der Halleschen Zeitung genannte Landratsanwärter gegen jegliche Diktatur hegt, und der hohen Meinung, die er von der ihm über alles gehenden Demokratie hat, halten wir es als eine glatte Selbstverständlichkeit, daß Herr Thiele unter allen Umständen ablehnt, falls ihm sein Partei- und engster Gesinnungsfreund Heine den Posten des Landrates zuschanzen sollte.

Ammendorf. Volksversammlung. Am vergangenen Freitag fand im Schützenhaus eine von etwa 1000 Personen besuchte Volksversammlung der U. S. P. statt. Referent Genosse Fritz Kunert schilderte in seinem Referat über das Thema Aus der Situation der deutschen Arbeiterschaft vortrefflich die Notlage des Proletariats, den Tiefstand der deutschen Finanzwirtschaft und führte die auf diesem Gebiete parlamentarisch geführten Verhandlungen klar und sachlich vor Augen. Zwei kommunistische Diskussionsredner kritisierten in der bekannten phrasenhaften Weise die Taktik des Parlamentarismus der U. S. P. Die gehässigen Anwürfe der Kommunisten gegen die Organisation der Partei wurde vom Genossen Törr zurückgewiesen. In seinem Schlußwort erreichte Genosse Kunert, daß sich die Kommunisten still zurück ziehen mußten. Eine Resolution gegen die arbeiterfeindliche Regierung wurde einstimmig angenommen.

— Arbeiterrat. Die große Ratssitzung findet Dienstag, den 9. September, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhofsrestaurant statt. Dazu sind sämtliche Betriebsräte mit eingeladen. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht der Vorsitzende.

Passendorf. Gemeindevertretersitzung. Es wurde beschlossen, das reparaturbedürftige Schutzgeländer in der Deichstraße in Stand setzen zu lassen. Die leeren Räume im Armenhaus sollen renoviert und für arme Ortseinwohner freigehalten werden. Die Regierung lehnte die Mittel für die Kanalisation des Ortes ab, wonach man das ganze Projekt fallen ließ. Es wurde angefragt, wie es mit der Kohlenversorgung stände; man müsse im Winter der ärmeren Bevölkerung genügend behilflich sein. Die Wahlen der Gemeindevorsteher und Schöffen wird auf den 14. September festgesetzt und finden um 9 Uhr in Budes Gasthof statt. Es werden drei Schöffen und drei Ersatzleute in unserer Gemeinde gewählt. 77 Mark Schullastengebühren werden bewilligt. Die mangelhafte Milchlieferung der Rittergutes kam zur Sprache, die der anwesende Vertreter der Gutsgemeinde mit der schlechten Fütterung zu rechtfertigen suchte. Er versprach übrigens baldige Besserung! Man beschloß, Maßregeln zu treffen, damit wenigstens die Milchversorgung der Säuglinge nicht gefährdet wird. Eine Debatte entspann sich über die Zulassung von Zuhörern zu den Sitzungen. Unsere Genossen waren der Meinung, nur den Ortseinwohnern dürfe der Zutritt gewährt werden. Die demokratische Fraktion widersprach dem, so daß jetzt von Fall zu Fall zu beschließen ist.

Stadttheater.

Götterdämmerung. Die Neubesetzung der Hauptpartien gab Veranlassung, die „Götterdämmerung" nochmals einer Besprechung zu unterziehen. Kapellmeister Oskar Braun hatte dem an die Leistungsfähigkeit des Orchesters höchste Anforderungen stellenden Werke alle nur mögliche Mühe zugewandt; allerdings konnten gegentliche Unvollkommenheiten klanglicher Natur, namentlich bei den Bläsern und einer den Singstimmen gegenüber zu deckend wirkende Dynamik nicht vermieden werden. Die Spielleitung Leopold Sachses

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0007

ist schon anläßlich des Festspiels genügend gewürdigt worden. Jede Aufführung der Götterdämmerung ist eine Tat. Und was erreicht werden konnte, wurde geleistet. Das nehmen wir als gutes Vorzeichen für die eben begonnene Spielzeit! Unter den Vertretern der Hauptpartien interessiert vor allen Maryla von Falken, unsere neue Hochdramatische, als Brünnhilde. Rein stimmlich bekam man den besten Eindruck. Das Erwachen Brünnhildes aus dumpfer Betäubung vor der Gibichungenhalle, das allmählich dämmernde Bewußtsein des Zusammenhangs der letzten Ereignisse war in stummen Spiel vorzüglich. Nicht minder wirkte der Schluß der ganzen Ringtragödie „Alles weiß ich, alles ward mir nun frei!" Die Betrogene war jetzt Siegerin in echter Größe. Schon dieser erste Abend zeigt uns, daß wir in dieser Künstlerin eine große Tragödin mit großen Können vor uns haben. Oskar Bolz als Siegfried schien uns in der Wirkung stärker als je. Als Beherrscher eines Stimmenreichtums von zarter Klangpoesie bis zu reckenhaft gepanzerten Tenortönen, unter denen das sonst unwagnerisch und fast nie gesungene hohe C beim Hoihorufe besonders auffiel, war er über den kritischen Einwand erhaben. Zu einem Höhepunkte wurde die Jugenderzählung und Todesszene des letzten Aufzugs. Cornelius Barck ist in die Region hineingewachsen, in der man einen Hagen musikalisch gestalten kann. In der Nachtszene, dem schauerlichsten Abschnitt des Ringes, schreibt Wagner „leise" vor; das Zwiegespräch muß also im Flüsterton gehalten, jede Silbe scharf betont werden. Schade, daß der Künstler des öfteren mit den Tönen kämpft und in der Gesangsgestaltung unklar wirkt. August Roesler solle sich bemühen, sein Alberich etwas dunkler, finster-dämonischer zu gestalten. Den Günther sang Georg Westernhagen mit voller Sicherheit. Als Gutrund bewies Erna Fiebiger-Peisker als Gast wiederum ihre sympathischen stimmlichen Qualitäten, ohne der farblos gezeichneten Figur prägnanteren Charakter verleihen zu können. Henriette Böhmes Waltraute vermochte trotz schöner Momente in der großen Erzählung nicht überall siegreich durchzudringen. Das Nornenterzett wurde zuverlässig, wenn auch nicht mit der beabsichtigten Größe, ausgeführt, besser schnitt das Rheintöchtertrio ab. Der Männerchor hielt sich sicher und kraftvoll.

Konditorei und Café Schmauch

früher Wehage, Bernburgerstrasse 9. 4019

Dienstag, 9. Septbr., nachm. 3 Uhr: Eröffnung.

Walhalla-Operetten-Theater.
Heute I. Debut.
Peter Büsch als Klaus Kersting in
Drei alte Schachteln
4037 Operette von Walther Kollo.
Anfang ½8 Uhr.
Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Stadttheater.
Dienstag, 9. September.
Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Freischütz.
Oper von C. M. v. Weber.
4020 Mittwoch:
Der Erbförster.

Aufkäufer für Frauenhaar, hohe Bezahlg., sucht **Leipziger Haarfabrik M. Kohlmann, Leipzig,** Südstraße 28. [*2592

Was der Stadt Halle (S.) durch den Ausfall des Herbstmarktes entgeht!

1. Die Stadtverwaltung kommt um die Standgelder von etwa Mk. 50000.
2. Die Stadt Halle kommt um die Lustbarkeitssteuer.
3. Die Strassenbahn kommt um die Fahrgeldeinnahmen. 4038
4. Die Spediteure und Fuhrleute kommen um ihren Verdienst.
5. Die Brauereien und Gastwirte kommen um den grossen Bierumsatz.
6. Die Logiswirte kommen um ihre Gäste.
7. Die Dienstleute, Aushelfer, Budenverleiher kommen um ihre bescheidenen Einnahmen.
8. Die Hausfrauen kommen um das billige Geschirr und dergleichen.
9. Dem marktliebenden Publikum entgeht das Vergnügen.
10. Der Zuzug der Landleute, ihre Gelegenheitseinkäufe zu decken, fällt weg.
11. Die Stadt kommt um eine historische bewährte Einrichtung.
12. Der Magistrat kommt um die Sympathien bei der Bürgerschaft.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 9. Septbr., nachm. 3½ Uhr:
Kur-Konzert,
ausgef. von der Kapelle d. Füs.-Rgts. Nr. 36
Leitung: *2640
Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
Erwachsene . . 60 Pf.
Kinder . . . . 40 „
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Mittwoch, d. 10. Septbr., abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
von der Kapelle des Füs.-Rgts. Nr. 36.
Abends 9½ Uhr:
Groß. Kunstfeuerwerk
ausgeführt v. d. Fa. G. A. Pfeiffer, pyrotechn. Kunstanstalt, Halle.

Apollo-Theater.
Tägl. abends 7½ Uhr:
In glänzender Ausstattung
„Der lachende Ehemann".
4027
Operette v. E. Eysler.
Ottokar . . H. Felner a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Deutsche Zigaretten,
reiner goldgelber Tabak, F.-Banderole, o. Mdstck. Rothirschel 10 Mk., mit Goldmdstck. Preußenstolz 25 Mk., o. Mdstck. Serrajdaris 25 Mk. je 100 Stück.
Engl. u. amerikan. Zigarrellen v. 25—35 Mk. je 100 Stck. verzollt und versteuert. Probesendungen nicht unt. 100 Stück, gegen Nachn.
Gg. Theloe, [*2637
Buer (Westfalen).

Kaufe Nähmaschinen,
wenn auch nichtnähend.
4026 Breitestr. 23 a I l.

U.T. 4034

Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224.
Der Hoteldieb mit der vierten Hand.
Eine seltsame Begebenheit in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Jack der Wunderaffe.
Vorführung:
4.50 7.00 9.20
Der lustige Ehemann.
Pikantes Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Victor Jansen.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.
Der Teufel.
Ein infernalisches Spiel i. 4 spannenden Akten.
In der Hauptrolle:
Leopold Kramer.
Vorführung:
4.50 7.00 9.20
Peukert Petri aulmüller in
Bis früh um Fünfe.
Lustspiel in 3 Akten.
Beginn 4 Uhr.

Ständiger Eingang

von Lebens- und Genußmitteln wie **Van-Eta-, Kwatta-Schokolade,** Oelsardinen und andere Ia. Nahrungsmittel. Kommunen und großindustriellen Werken empfehlen uns zum Waggon-Bezug. *2642

Cohen & Bildesheim, Halle,
Osendorferstraße 8. Telephon 3849.

Kaffee, Schokolade, Reis, *2635
Zigaretten, Seife, Schuhputzcreme
in grösseren u. kleineren Mengen. Verlangen Sie Preisliste.
Firma Leonhard Thürlings, M.-Gladbach (Rhld.).

Frauenleiden
Auskunft unter „Leben und Gesundheit 1", Berlin SW 13 postl. *2629

Germania-Lichtspiele.
Triftstraße 22.
Ab Dienstag bis Donnerstag:
Die japanische Maske.
Detektivdrama in 4 Akten.
4030
Verrat u. Sühne.
Ergreifendes Lebensbild in 4 Akten.
Jeden Dienstag und Freitag neues Programm. Anfang 7 Uhr.

Neu erschienen!!
Sehr zu empfehlen:
Arbeiterstand und Eheglück
oder 2435
Wie schütze ich mich vor stark. Familienzuwachs?
Auf gesunde Art.
Und etwas über moderne Säuglingserziehung.
Preis 80 Pf. Porto 10 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Beth's Bunte Bühne.
B. B.B.
Täglich das vorzügliche September-Programm! 4021
U. A.: **Terra,** der amüsante Blitz-Modelleur, **Gröla,** Zauberkünstler und Zahlentechniker, **Philipp Neuber,** mod. Humorist u. Ansager, **Goedicke-Greiffenberger,** das Unikum, und die anderen vorzüglichen Kräfte.
— **Angenehmer, kühler Aufenthalt.** —

Schuhwaren.

Besohlungen mit nur gutem Kernleder und **alle anderen Schuhreparaturen** werden höchst sauber, sach- und fachgemäß und schnellstens ausgeführt, in der Schuhmacherei 3633
H. Manthey, Burgstraße 48.
Telephon 3448. — Haltestelle Volkspark.

Nur für Verbraucher!
Billigste Bezugsquelle
in **Zigarren** von **0.75** Mk. an.
Deutsche, englische, amerik. u. türk. Zigaretten von **25** Pf. an.
Garantiert rein. **Rauchtabak,** 50 g **3.00** Mk.
Echten Algier-Zigaretten-Tabak.
Sunlight- und Watson-Seife,
Doppelstück **4.75** Mk.
Feinste franz. Toilettenseife,
Stück **6.00** Mk.
Amerikanisches Ia. prima Schmalz, Rindertalg usw.,
alles zu Tagespreisen, empfiehlt: *2633
Hans Germershausen, Bitterfeld,
Halleschestr. 5. — Telephon 311.

Nur an Erwachsene!
versende ich folgende Bücher:
Die Sexualnot unserer Zeit Mk. 4,—.
Aerztlicher Ratgeber in der Empfängnisfrage Mk. 1,50.
Verhinderung d. Empfängnis Mk. 3,50.
Arbeiterstand und Eheglück Mk. 1,25. *2639
Nur gegen Voreins. od. p. Nachn.
Buchversand Klara Tröster,
Berlin NW. 87,
Zwinglistrasse 22.

Welcher Pole
tauscht 3—5 Z.-Wohnung nach Posen. Angeb. an **Elmmerling, Posen,**
*2623 Prinzenstr. 26.

Nordsee, Gr. Ulrichstrasse 58.
Frisch und billig:
Goldbarsch Pfund **90** Pf.
Seelachs ohne Kopf ℔ **150** ₰
Kabeljau ohne Kopf ℔ **180** ₰
Schellfisch ohne Kopf ℔ **180** ₰
Angelschellfisch alle Sorten.
Ferner: 4036
fette, zarte, geräucherte
Riesenlachsheringe Stück **130** Pf.
geräuch. Seelachs Pfund **260** Pf.
Selten preiswerte, neue diesjährige
zarte Fettheringe Stück nur **50** Pf.

Ueberseeischer Rauchtabak, 4031
50 Gr. von 2.20 Mk. an, sowie die dicke Diabolo-Zigarette sind wied. eingetr.
F. Rudloff, Thomasiusstraße 34.

Das in dem Dietrichschen Barbier-Geschäft geführte Gespräch gegen den Wirtschaftsausschuß Helfta erkläre ich hiermit als unwahr und nehme dasselbe hierdurch zurück. *2634
Heller, Helfta.

Bratwurstglöckle-Varieté.
3992 **Täglich nachm. 3 Uhr Konzert** und die **neuen erstklassigen Künstler.**
U. a.: Malwitz-Duo, Foxtrott-Jass-Tänzer, Geschw. Goosten, Universalakt auf rollend. Kugel, Alfr. Grohmann, Posse: Das Doppelgesicht,

Richters Damen-Frisier-Geschäft
Dachritzstrasse 2, Nähe Grosse Ulrichstrasse.
Kopfwäsche :: Frisieren
sämtliche Toilette-Bedarfsartikel
zu soliden Preisen. 4033

Geschäfts-Eröffnung.
Meiner werten Nachbarschaft sowie Bekannten die Mitteilung, daß ich von Herrn **Pfeiffer** das 4022
Frisiergeschäft Friedrichstr. 27
käuflich übernommen habe, und bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll
Paul Reinhardt.

Geselligkeitsverein Felsenfest.
Mitglied des Verbandes der G.- u. V.-V. zu Halle.
Dienstag den 9. September 1919, von abends 6 Uhr an, im **Deutschen Reichsadler, Trotha:**
Ball
verbunden mit **humoristischen Vorträgen** unter Mitwirkung des Humoristen **Willi Stummer.**
Bandonium-Musik. 4017
Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Gasthof, mit großem u. kleinem **Saal,**
Gast- und Vereinszimmer, Kegelbahn, Garten und bes. Wohnhaus, in Schkeuditz bei Leipzig, altershalber unter günstigen Beding. bei 30000 Mk. Anzahlung sofort **zu verkaufen.** Ueber zwanzig Jahre im jetzigen Besitz. Angebote erbitte unter **V. H. 396** an die Exped. dieses Blattes. *2636

Tüchtige Kernmacher, Former, Armaturen-Dreher und Schlosser
erhalten dauernde Beschäftigung.
Andreas Haassengier G. m. b. H.
Hordorferstrasse 4 b. 4025

Gesucht zum 15. Sept. oder 1. **Oktober**
ält. Mädchen,
das kochen kann. 3989
Frau Prof. von Gierke,
Friedenstraße 5.

Der Herr, welcher die **Armbanduhr** am Sonntagnachmittag hinter **Trebitz a. B.** gefunden hat, wird gebeten, selbige gegen Belohnung abzugeben.
*2638] **Krosigk Nr. 13.**

Tanz-Schule 3241
Preßlers Berg, Liebenauerstr. 4.
Jeden Dienstag u. Freitag: Uebungsstunden.
Für den Sept.-Oktbr.-Kursus werden Anmeldungen von Damen u. Herren noch angenommen.
Martini. Schneckenburger.

Bekanntmachung.

Die zum Betriebe der **Gastwirtschaft auf dem hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofe** bestimmten Räumlichkeiten sollen auf 6 Jahre vom 1. Oktober 1919 ab vermietet werden. Es wird ersucht, Gebote bis zum Eröffnungstermine am **Donnerstag, den 11. September, vorm. 11 Uhr,** in versiegeltem Umschlage mit der Aufschrift „Verpachtung der Gastwirtschaft" an die unterzeichnete Verwaltung einzureichen, bei welcher auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Halle, den 4. September 1919. *2594

Verwaltung des städtischen Schlacht- u. Viehhofes.

Arbeiter
stellt ein
Abbruch-Ziegelei Planena
bei Ammendorf. *2624

In traul. Haushalt bei **Halle** sucht selbst. Handw. solides Frl. o. Witwe, ohne Anhang, 40—48 Jahre alt, welch. Interesse a. Gartenbau und Viehzucht hat, als **Wirtschafterin.**
Off. unter **V. H. 395** an die Exped. d. Bl. 4023

Achtung!
Mir wurde Sonnabend mittag mein 4 Monate alter Schäferhund, auf den Namen **„Lux"** hörend, entwendet.
Wer nähere Angaben machen kann, so daß der Hund wieder in meinen Besitz kommt, erhält hohe Belohnung. 4029

Städt. Großmarkt, Canenaerweg, F. Bocklisch sen.
Ab Dienstag: 4028

Weißkohl	4.— M.	Kohlrabi	7.— M.
Rotkohl	20.— M.	Blumenkohl	1.40 M.
Möhren	6.— M.	Pflaumen	1.15 M.

Maurer und Arbeiter
gesucht. *2632
Baugeschäft Karl Ochse, Osendorf.

Buchdruckerlehrling
sof. od. 1. April 1920 ges.
Off. unt. B. S. 1354 an *2641
Rud. Mosse, Brüderstr. 4, erb.

Kräft. Schulmädchen ges.
4024 Dachritzstr. 2, Hof.

Richter, Damen-Frisier-Geschäft,
Dachritzstr. 2.

Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190908-13/fragment/page=0008
DFG